

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3.00 M.
Im voraus zahlbar, Postzeitung 4.92 M.
einjährlich 60 Pf., Postzeitung 6.00 M.
72 Pf. Vierteljahrsgebühren. Zusatzaus-
gabenabonnement 6.— M. pro Monat; für
Glieder mit ermäßigtem Verdienste-
satz 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Morgenausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorwärts“ illustrierte Beilage „Zeit
und Welt“, Ferner „Frauenstimme“,
„Lehrling“, „Bild in die Arbeiterwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeflagel“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, D. V. u. Disz.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Mittwoch
24. Juni 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einjährl. Kontraktgebühren 60 Pf.
Kleinanzeigen 5.— M. „Kleine An-
zeigen“ das fertige Blatt 25 Pf.
(schlief zwei fertige Blätter), jedes
weitere Blatt 12 Pf. Rabatt 10. Tarif
Stellengedächte das erste Blatt 10 Pf.,
jedes weitere Blatt 10 Pf. Warte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Blätter,
Arbeitsmarkt Seite 69 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent-
täglich von 9 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abkürzung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Breitscheid schreibt an Brüning.

Die sozialdemokratische Fraktion fordert rasche Aenderung der Notverordnung.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat unter dem Datum vom 23. Juni folgendes Schreiben an den Herrn Reichskanzler gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Der amerikanische Vorschlag eines internationalen Moratoriums für die Regierungsschulden eröffnet die Aussicht auf eine beträchtliche Erleichterung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands. Obgleich der Vorschlag noch der Zustimmung der beteiligten Mächte bedarf, halten wir es für dringend erforderlich, die zugesagten Verbesserungen über die Abänderung der Notverordnung sofort einzuführen. Die in der Notverordnung enthaltenen Härten werden, wenn das Moratorium zustande kommt, von den betroffenen Schichten als besonders unerträglich empfunden werden.

Wir sind uns bewußt, daß nach wie vor alle Anstrengungen Deutschlands auf die Sanierung der öffentlichen Haushalte gerichtet bleiben müssen. Wir weisen deshalb nochmals darauf hin, daß die von uns geforderten Abänderungen dieses finanziellen Ziel durchaus nicht in Frage stellen. Die von Ihnen vorgeschlagene Verschärfung der Aenderung der Notverordnung beruht auf der Annahme einer späteren Aufhebung der Reparationsfrage. Nunmehr besteht kein Hindernis mehr, unmittelbar nachdem das Moratorium gesichert ist, die Abänderung der Notverordnung vorzunehmen. Das gilt um so mehr, als die Entlastung durch den allgemeinen Schuldenerlass viel weitergeht, als es bei der Inanspruchnahme des Transferratoriums der Fall gewesen wäre.

Wir verkennen nicht, daß der Plan des Präsidenten Hoover keinen Anlaß zu übertriebenen Hoffnungen geben darf. Der Grundgedanke der Finanzsanierung muß aufrechterhalten werden. Trotzdem müssen aber auch die einschneidenden Abbaumaßnahmen der Notverordnung gemildert und die schweren Steuerlasten gesenkt werden. Diese Maßnahmen dürfen nur dem Zwecke dienen, die durch Lohn- und Sozialabbau viel zu weit eingeschränkte Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung zu verbessern. Die werktätigen Schichten haben bisher die schwersten Opfer für die Finanzsanierung gebracht; deshalb haben sie einen berechtigten Anspruch darauf, daß ihnen künftig alle Erleichterungen zugute kommen. Nur wenn das geschieht, wird die finanzielle Entlastung Deutschlands die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung und politische Beruhigung werden.

Unter diesen Umständen wiederholen wir das dringende Ersuchen an die Reichsregierung, alsbald mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung einzutreten.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener A. D. Breitscheid (J. A. der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion).“

Der Brief der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler hält sich in den üblichen Formen der Höflichkeit. In seinem Inhalt ist er vollkommen eindeutig und klar.

Die Fraktion verlangt nichts Unmögliches. Sie nimmt auch den Hoover-Plan nicht zum Anlaß, neue Forderungen zu stellen. Sie erinnert nur an die Forderungen, die sie schon gestellt hatte, als von bevorstehenden Erleichterungen der Finanzlage noch nichts zu sehen war. Aber es ist selbstverständlich, daß diese Erinnerung jetzt ganz dringlich wird.

So wenig wie vor der amerikanischen Aktion will die sozialdemokratische Fraktion danach den Zweck der Notverordnung gefährden. Sie hat gezeigt, daß die Möglichkeit besteht, die Verordnung sozial gerechter zu gestalten, ohne daß der finanzielle Ertrag geschädigt wird. Von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, ist jetzt Zeit, höchste Zeit!

Die Sozialdemokratie — das ist der Reichsregierung wohlbekannt — setzt wie noch immer auch diesmal ihre ganze Kraft dafür ein, die äußeren Lasten des deutschen Volkes soweit wie nur möglich zu erleichtern. Ohne ihre verständnisvolle Mitwirkung wäre die ganze Aktion, die zur Beruhigung einer unmittelbar drohenden Katastrophe unternommen worden ist, nicht möglich gewesen. Aber aus Anstrengungen werden vergeblich bleiben, wenn nicht der seit Erlaß der Notverordnung auf den Arbeitermassen lastende Druck süh-
bar gemildert wird.

Die Notverordnung, wie sie ist, will in Deutschland kein Mensch. Äußerste Rechte und äußerste Linke fordern lärmend ihre gänzliche Aufhebung: sie wollen den Teufel Finanznot durch den Beizehub Staatsbankrott austreiben. Eine einschneidende Veränderung fordern mit der Sozialdemokratie auch die christlichen Arbeiter. Der Druck, der auf diese Weise entsteht, ist ungeheuer stark. Zu glauben, man könne ihn durch starren Widerstand überwinden, wäre leichtfertig.

Der zu erwartende Einwand, die Ersparnisse aus dem Moratorium dürfen nicht angegriffen werden, geht an der sozialdemokratischen Aktion glatt vorbei. Denn wir wollen ja die Ersparnisse aus dem Moratorium gar nicht angreifen, wir wissen, daß sie zur Herstellung einer notdürftigen Ordnung des öffentlichen Haushalts kaum ausreichen werden. Wir würden den schärfsten Widerspruch erheben, wenn versucht werden sollte, diese Ersparnisse zu Subventionen oder irgendwelchen zweifelhaften Ankerungsunternehmungen zu verwenden.

Für uns handelt es sich um etwas ganz anderes, nämlich um die Gutmachung eines von der Regierung an den Arbeitern verübten Unrechts, und zwar soll diese Gutmachung erfolgen nicht aus Mitteln des Hoover-Plans, sondern aus Mitteln, die durch eine entsprechende Umgestaltung der Notverordnung selbst zu gewinnen sind.

Brünings Appell an Frankreich.

Der Reichskanzler ruft im Rundfunk nach einem französischen Chequers.

Unser Verhältnis zum Reichskanzler Dr. Brüning ist das der Tolerierung aus zwingenden taktischen Gründen trotz stark oppositioneller Gefühle — und besonders seit der letzten Notverordnung hat der Name Brüning in Arbeiterkreisen keinen guten Klang.

Trotzdem muß gesagt werden, daß die Rede, die der Kanzler gestern um 11 Uhr abends überraschenderweise hielt, in ihrem außenpolitischen Teil eine gute und mutige Tat war.

In dem Augenblick, in dem die französischen Bedenken gegen Hoovers Vorschlag der gesamten Rechtspresse Anlaß zu einer wütenden Hahnpresse gegen Frankreich geben, hat der Reichskanzler Worte der Besonnenheit, ja der inneren Wärme gegenüber unserem westlichen Nachbarn gefunden, die desto stärker wirken müssen, je weniger sie gerade in diesem Augenblick erwartet wurden.

Brünings Bekenntnis zur deutsch-französischen Zusammenarbeit gerade in diesem Augenblick verdient uneingeschränktes Lob und ist geeignet, das Urteil über den Staatsmann Brüning wesentlich zu verbessern.

Brüning hat offen den Wunsch geäußert, daß es zu einem französischen Chequers kommen möge, das heißt zu Besuchen und Gegenbesuchen zwischen Paris und Berlin zum Zwecke einer besseren Verständigung. Es ist an Herrn Laval, dem französischen Ministerpräsidenten, diese Anregung zu beantworten, und wir brauchen nicht erst zu sagen, wie diese Antwort lauten muß, wenn es nach den Wünschen der deutschen Sozialdemokratie und der französischen Sozialisten gehen soll. Beide werden den Versuch des Reichskanzlers, gerade durch Ueberwindung der augenblicklichen Verstimmungen zu einem dauerhaften Vertragsverhältnis zu gelangen, nicht nur willkommen heißen, sondern auch lebhaft unterstützen.

Die Rede des Reichskanzlers.

Gestern abend kurz nach 23 Uhr hielt Reichskanzler Dr. Brüning eine Ansprache im Rundfunk, die über alle deutschen Sender und auch nach Amerika verbreitet wurde. Der Reichskanzler begann mit Worten herzlicher Dankbarkeit für den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover, der neue Hoffnung für Europa und Deutschland gelassen habe und Deutschland in einem entscheidenden Augenblick seiner Geschichte Hilfe bringe. Der Reichskanzler fuhr fort: Warnen muß die Reichsregierung vor dem Glauben, als ob mit der Annahme dieses Vorschlages alle uns bedrückende Not hinweggeräumt wäre. Die Reichsregierung war

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat weder für die Aufhebung der Notverordnung, noch für den Sturz der Regierung Brüning gestimmt, weil sonst nicht der Rettungsplan aus Amerika, dafür aber ein Chaos mit massenhaftem Blutvergießen und Hungersterben gekommen wäre. Ihr nicht jedem ohne weiteres verständliches Verhalten wurde so zur rettenden Tat.

Die Sozialdemokratie hat zugleich erklärt, daß es keineswegs der Sinn ihrer Haltung sei, den Kampf gegen die sozialen Härten der Notverordnung aufzugeben, daß sie vielmehr entschlossen sei, diesen Kampf mit allen zweckdienlichen Mitteln fortzusetzen. An dieser Erklärung hält sie fest. Es ist notwendig, daß durch rasche Aufnahme der Verhandlungen der Staatsräson sowohl wie auch der Gerechtigkeit Genüge geschieht.

Der Reichskanzler hat gestern in seiner Rundfunkrede bemerkt, daß die Beruhigung Europas eine Voraussetzung der wirtschaftlichen Gesundung sei. Die Beruhigung Europas muß mit der Beruhigung Deutschlands beginnen, das durch die Notverordnung vom 5. Juni aufs tiefste beunruhigt ist.

Die Notverordnung, hat der Reichskanzler gestern wieder erklärt, soll abgeändert werden, soweit sie Härten und drückende Maßnahmen enthält. Wir nehmen ihn beim Wort!

sich bei den drückenden Maßnahmen, die sie zum Ausgleich der Reichsfinanzen treffen mußte, stets bewußt.

daß erst das Jahr 1932 den Höhepunkt der finanziellen Schwierigkeiten bringen würde.

Die Steuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden werden infolge der schweren Wirtschaftskrise um Hunderte von Millionen zurückgehen, dazu kommen aus dem gleichen Grunde die großen Ausfälle der Länder- und Gemeindesteuern. Erst 1932 werden alle diese Haushalte die volle Belastung erfahren.

Die deutsche Wirtschaft ist in ihrer Scheinblüte zu erheblichem Teil mit in- und ausländischen Mitteln aufgebaut worden, die nur auf kurze Zeit gegeben oder auf lange in den Unternehmungen so festgelegt waren, daß sie nicht rasch herausgezogen werden können. Zum dritten Male ist jetzt der Versuch gemacht worden, diese Kredite abzuberufen und dadurch ist der Sturm herbeigeführt worden, der heute als beschworen gelten kann. Dieser Sturm hat aber allen Beteiligten die starke Verbundenheit der ganzen Welt mit drastischer Schärfe vor Augen geführt und allen gezeigt, daß die Lebenshaltung eines jeden Volkes bedingt ist durch die Lebenshaltung auch anderer Völker.

Die Reichsregierung muß unbeirrt daran festhalten, daß auch ohne Reparationszahlungen das nächste Jahr außerordentliche Anforderungen stellen wird.

Die Reichsregierung war und ist bereit, Härten der Notverordnung und besonders dringende Notlage zu mildern, aber sie kann nicht an dem finanziellen Ergebnis der Notverordnung rütteln lassen.

Nur unter Sicherung dieses finanziellen Ertrages wird es bei internationaler Annahme des Hoover'schen Vorschlages möglich sein, die weiteren Einnahmeausfälle des Jahres 1932 auszugleichen. Das deutsche Volk würde sich um jedes Verständnis der Welt und um jedes Vertrauen bringen, wenn es nicht unbeirrt daran festhält, die Sanierung unserer Finanzen unter den schwersten Opfern durchzuführen. Der Vertrauensbeweis, der uns in dem weltgeschichtlichen Schritt des Präsidenten Hoover gegeben ist, kann nur Früchte tragen, wenn das deutsche Volk entschlossen ist, durch größte Sparsamkeit das Sanierungswerk zu fördern.

Das Feiertag soll auch die politischen Beziehungen der Länder von störenden Spannungen befreien, das Zusammenarbeiten der Staaten, auf dem ihre friedliche Weiterentwicklung beruht, festigen und fördern.

Das aber ist nicht möglich, ohne beruhigte und gesunde Finanzlage, wie eine solche Finanzlage nicht ohne friedliches Zusammenarbeiten

der Staaten möglich ist. Das Gedeihen Europas und der Welt hängt davon ab, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkriege zu Feinden werden ließ, nunmehr entschlossen und bereitwillig sich auf beiden Seiten zu den Entschlüssen aufrufen, die die gemeinsame Not der Stunde von allen Regierungen und Völkern fordert.

Für dieses große Ziel wird der amerikanische Vorschlag Raum schaffen, wenn er von den in Frage kommenden Ländern in demselben hochgemuten Geiste angenommen wird, in dem er von seinen Urhebern gemacht worden ist. Die deutsche Regierung ist bereit, mit allen Kräften an der Erreichung dieses Zieles mitzuwirken; sie hat den aufrichtigen Willen, zusammen mit allen Regierungen an die Lösung der Fragen heranzugehen, die für die Beruhigung Europas bedeutungsvoll sind. Je mehr die wirtschaftliche und soziale Not sich mildert, unter der das deutsche Volk leidet, desto stärker und einmütiger wird seine Bereitschaft hervortreten, ein Bollwerk der Ruhe und Ordnung in Europa zu sein.

Die Größe der Stunde und die sich daraus ergebende Verantwortlichkeit läßt mich die Hoffnung und Erwartung aussprechen, daß alle, die für die öffentliche Meinung und ihre Formung in Deutschland maßgebend sind, sich bewußt bleiben, von welcher Bedeutung in diesem Augenblick Zurückhalten und Selbstdisziplin bei den Äußerungen und Kundgebungen aller unserer Volksgenossen für Deutschland und für Europa sind.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß bei alledem der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eine besonders wichtige Rolle zufällt.

Wenn in der Entwicklung dieser Beziehungen manche Schwierigkeiten und Hemmungen hervorgetreten sind, wenn es in der Öffentlichkeit auf beiden Seiten der Grenze vielfach zu bewegten Auseinandersetzungen gekommen ist, so halte ich trotzdem an der Ueberzeugung fest, daß all das nicht unüberwindbar ist, daß sich vielmehr bei beiderseitigen guten Willen Mittel und Wege finden lassen werden, um das Uebereinstimmende und Gemeinsame in den Interessen der beiden Länder in den Vordergrund zu bringen und im Bewußtsein der beiden Völker so zu verankern, daß es die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Weil ich davon überzeugt bin, daß eine wirklich ausgeglichene und fruchtbare Zusammenarbeit unter den Völkern Europas und die für den lebendigen Wirtschaftsaustausch mit der Neuen Welt notwendige Stabilisierung des europäischen Friedens erst an dem Tage gesichert erscheint, wo zwischen den beiden großen Nachbarvölkern das vergangene Feindschaft überwinden ist und der Blick gemeinsam der Zukunft und ihrer geistigen, wirtschaftlichen und politischen Gestaltung zuwendet, gerade deshalb ist es das Bestreben der von mir geführten Regierung, über Vermittlungen des Augenblicks hinaus vorwärts zu denken und alles sachlich Verantwortbare zu tun, um die großmütige Aktion des Präsidenten Hoover ihrem verdienten und im Interesse Europas und der Welt notwendigen Erfolge zuzuführen.

Die deutsche Regierung wird es ihrerseits an gutem Willen nicht fehlen lassen. Ist die Einigung über das Feiertagsjahr zustande gekommen, so wird es um so leichter sein, in offener Aussprache den Weg frei zu machen für eine großzügige praktische Zusammenarbeit der beiden Länder.

Ich würde es begrüßen, wenn sich für eine solche einleitende Aussprache eine Gelegenheit fände, wie sie neulich die Zusammenkunft in Chequers für eine Erklärung zwischen Deutschland und England geschaffen hat.

Die Aufgaben, vor denen Frankreich und Deutschland stehen, sind für beide Länder so groß und so dringend, als daß es nicht möglich sein sollte, in vertrauensvollem und rücksichtslosem Wirtschaftsaustausch einen gemeinsamen Boden zu finden, von dem aus die Lösung dieser Aufgabe aussichtsreich in Angriff genommen werde.

Der Dollar sinkt.

Devisenrückfluß bei der Reichsbank.

Der durch Hoovers Botschaft ausgelöste Optimismus hat gestern in der ganzen Welt angehaften. In Deutschland wurden die ersten Verlängerungen kurzfristiger Auslandskredite vorgenommen, die vorhandene natürliche Nachfrage nach Devisen wurde im freien Markt voll befriedigt und bei der Reichsbank zeigten sich zum ersten Male sogar nicht unbeträchtliche Zugänge von Devisen. Man erwartet, daß nach der Klärung der Reparations-situation durch Frankreich — die französischen Finanziers stehen noch Gewehr bei Fuß — auch wieder ein größerer Zustrom ausländischer oder geflüchteter Kapitalien nach Deutschland erfolgen wird. Im Ausland hat sich der Marktkurs weiter gebessert; der Dollarkurs ging in Berlin weiter zurück.

In London und in New York blieb die Börse im ganzen weiter fest. Es liegen noch immer Dedungskäufe der Baissparteien vor, wodurch das Kursniveau hochgehalten wird. Der Optimismus der Spekulation ist nicht gebrochen. Immerhin neigen aber viele schon dazu, die eingetretenen Kursgewinne durch Verkäufe mitzunehmen. Die Kurssteigerungen für deutsche Anleihen haben im ganzen noch angehalten. Nur in London zeigte sich bei der Dawesanleihe zum Schluß ein Kurzurückgang um 1/2 Prozent, der aber gegenüber dem Kursgewinn der beiden letzten Tage nicht ins Gewicht fällt.

Auf den internationalen Warenmärkten ist die erste erfreuliche konjunkturelle Wirkung der Hoover-Aktion sichtbar geworden. Es zeigte sich eine größere Nachfrage nach Kupfer, Zinn, Zinn und auch Baumwolle, die überall die Preise anziehen ließ.

„Vorwärts“ und Frankreich.

„Nationalen“ Redaktionen zur freundlichen Kenntnisnahme.

Für die Ausführung des Hoover-Plans sind in Frankreich — hoffentlich nur vorübergehende — Schwierigkeiten entstanden, über deren Ursachen der „Vorwärts“ seine Leser unterrichtet hat. Einige besonders „nationale“ Blätter, die in der Außenpolitik dem Erkären des Schimpfens vorziehen, beschuldigen uns deswegen des Einvernehmens mit „dem Feinde“. Auf solche Übertreibungen muß sich in Deutschland seit jeher jeder gefaßt machen, der sich die sachliche Vertretung deutscher Interessen zur Aufgabe macht. Daß sich ein feiner Verantwortlicher bewußter Politiker von ihnen beeinflussen ließe, ist selbstverständlich ganz ausgeschlossen.

Die Rundfunkrede des Parteivorstehenden Hans Vogel hat die deutsch-nationale Landtagsfraktion zu einer kleinen Anfrage im Landtag begeistert. Sie findet, daß diese Rede „glatter Mißbrauch des Rundfunks“ sei. Nach ihrer Meinung müßte der Rundfunk nur der Hugenberg-Propaganda dienen.

Sturmstimmung in der Kammer.

Nur Sozialisten einhellig für Hoovers Vorschlag. — Finanzminister mit Briand.

Paris, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Der französische Ministerrat hat am Dienstag seine Beschlüßfassung über den amerikanischen Vorschlag auf Mittwoch vertagt, aber zugleich angekündigt, daß er Amerika am Mittwoch bestimmt antworten werde. Das hat den heftigsten Jörn der Rechten und vor allem der Herren Franklin-Bouillon und Martin hervorgerufen. Sie stützen sich dabei auf die jüngste Erklärung des Ministerpräsidenten Laval, nach der in der auswärtigen Politik nichts mehr ohne vorherige Information der Kammer beschlossen werden soll. Immerhin haben sich die zahlreichen Interpellanten über den Vorschlag Hoovers, mit Ausnahme des Herrn Marin, der bis zum letzten Augenblick Schwierigkeiten machte, damit einverstanden erklärt, daß die Debatte über ihre Interpellationen am nächsten Freitag stattfindet, das heißt also eigentlich nach vollzogener Tatsache. Die Vertagung der Debatte erfolgte aber wohl in der Annahme, daß durch die französische Antwort gewisse Verhandlungen unerlässlich werden und somit auch der Kammer noch die Möglichkeit bleibt, ihr Wort zu Hoovers Plan zu sagen.

Die Tatsache, daß das Außenministerium von dem amerikanischen Vorschlag überrascht worden ist und die ersten Berichte des französischen Botschafters in Washington, des Dichters Claudel, so unvollkommen waren, daß die französische Regierung sich über die volle Tragweite des Vorschlages Hoovers in den ersten Stunden keine Rechenschaft abzulegen vermochte, hat natürlich den Feinden Briands wieder einige Waffen geliefert. Trotzdem scheint innerhalb der Regierung über das Vorgehen am Mittwoch größere Uebereinstimmung zu herrschen als es die Rechte bisher erwartet hat. Finanzminister Lalandin und Budgetminister Briand haben sich

mit Briand im Prinzip einverstanden erklärt, den Hoover-Vorschlag anzunehmen.

allerdings unter der Hinzufügung, daß der Mechanismus des Young-Planes als solcher aufrechterhalten bleibt, so daß die Rechte Frankreichs auf die Wiederaufnahme der bedingungslos zu leistenden Zahlungen des Young-Planes nach Ablauf des Feiertages gesichert bleiben. Außerdem sind Lalandin und Briand mit Briand darüber einig, daß eine großzügige Kreditpolitik zugunsten Deutschlands ins Auge gefaßt werden muß. Briand scheint die Hoffnung zu haben, daß Amerika endgültig aus seiner bisherigen zurückhaltenden Stellung gegenüber Europa herausgehen werde und damit auf allen Gebieten für die zukünftige Entwicklung neue Wege geöffnet werden. Wie die Kammer die von der Regierung noch endgültig zu formulierenden Beschlüsse aufnehmen wird, läßt sich einstweilen nicht sagen. Gegenwärtig herrscht Sturmstimmung, die auf die außenpolitischen Faktoren und auf die Möglichkeit zurückzuführen ist, daß durch die jüngsten Ereignisse eine Regierungskrise heraufbeschworen werden könnte. Die meisten Fraktionen sind hinsichtlich der Meinung über Hoovers Plan gespalten. Das trifft auch auf die radikale Fraktion zu, in der am Dienstagmorgen ziemlich heftige Debatten stattfanden. Dabei zeigte sich, daß ein großer Teil dem Hoover-Vorschlag mit starkem Mißtrauen gegenübersteht und Herriot mit das größte Mißtrauen bezeugt, während Abgeordnete wie Raizon und Delbos der Ansicht sind, daß weitestgehendes Entgegenkommen gezeigt werden müsse. Innerhalb der radikalen Fraktion drängte Soucheur vor allem darauf, die Stimmung durch eine Kreditpolitik zu ergänzen, die das Wirtschaftsleben im allgemeinen wieder in Schwung bringen würde.

Keinerlei Meinungsverschiedenheiten haben sich innerhalb des sozialistischen Fraktionsvorstandes gezeigt.

Der am Dienstag zu der Botschaft Hoovers eine Erklärung beschlossen hat, die der Gesamtfraktion am Donnerstag zur Bestätigung vorgelegt werden wird. Die Erklärung beginnt mit einem Rückblick auf die Vorgänge seit dem Ende des Krieges, erinnert an die Beschlüsse der Sozialistischen Internationale in Bezug auf die in-

zwischen begangenen schweren Fehler und auf die besondere Verantwortlichkeit, die die nationalistischen Parteien Frankreichs durch ihre Blindheit auf sich geladen haben. Sie begrüßt den Hoover'schen Vorschlag, der in einem Augenblick erfolgt sei, in dem sich im Herzen Europas ein wirtschaftlicher Zusammenbruch vorbereitet habe, der überall tiefste Rückwirkungen gehabt habe, als einen Schritt, der die Zusammenarbeit der Völker wieder in das normale Gleis bringen kann. Die Erklärung wirft allerdings dem Manifest Hoovers vor, daß es noch immer die interalliierten Schulden und die Reparationszahlungen auf eine Stufe stelle. Der Vorstand der sozialistischen Fraktion gibt in seiner Erklärung schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß Regierung und Parlament den Hoover'schen Anregungen zustimmen werden. Er betont dabei, daß die bedingungslosen Zahlungen, die zu einem schwachen Teil schon mobilisiert seien und in ihrer Gesamtheit mobilisiert werden müßten, von jeher nach der Auffassung der Sachverständigen ausschließlich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt waren, und zwar auf Grund eines Rechtsprinzips, das über allen sogenannten Vertragsrechten stehe. Es dürfe keine Verwechslung der interalliierten Schulden und der Reparationszahlungen, und keine Verführung der Reparationen geben. Notwendig sei, daß, wenn für dieses Jahr, dem Hoover'schen Vorschlag entsprechend, sämtliche Zahlungen Deutschlands, die bedingten wie die unbedingten, eingestellt würden, zu gleicher Zeit

Deutschland die langfristige und billige Kredite gewährt würden, und zwar unter der Kontrolle des Völkerbundes und der B33. Der bedingungslos zu leistende Teil der Young-Zahlungen könnte von Deutschland eventuell in Form an die Kasse der B33. gezahlt werden, um der Bank die für die Sanierung notwendigen Kreditoperationen zu ermöglichen. In der Erklärung der Sozialisten wird zum Schluß noch die Hoffnung ausgesprochen, daß durch die verschiedenen Maßnahmen, die getroffen werden müssen, eine Entspannung eintrete, die auch das notwendige Wert der Abrüstung im günstigen Sinne beeinflusse.

12-Milliarden-Weltanleihe?

Paris, 23. Januar. (Eigenbericht.)

In der Kammer sind zu der Botschaft Hoovers bisher neun Interpellationen eingegangen.

Der „Intransigeant“ will am Dienstag aus guter Quelle erfahren haben, daß der von Hoover vorgeschlagene Zahlungsausschub nicht nur für ein Jahr, sondern für zwei Jahre gelten soll. Um die durch den Einahmeausfall in den Budgets der früheren interalliierten Länder entstehenden Defizite auszugleichen, solle beschlüssigt sein, eine von den Amerikanern und den alliierten Ländern garantierte Anleihe von drei Milliarden Dollar aufzunehmen. Die Verhandlungen darüber würden in der nächsten Zeit stattfinden.

Wie die „Liberté“ mitteilt, soll die belgische Regierung sich hinsichtlich der Botschaft Hoovers bereit erklärt haben, dem Vorgehen Frankreichs zu folgen.

Laval vertröstet auf Freitag.

Paris, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Laval am Dienstag in der Kammer hatte folgenden Wortlaut: „Die französische Regierung erkennt die großmütige Geste des Präsidenten Hoover an. Ohne die Zustimmung des Parlamentes wird keine Beamtung der Bestimmungen des Young-Planes erfolgen. Die Regierung berät über die Antwort, die sie dem Präsidenten Hoover erteilen wird. Die Kammer wird am Freitag von dem Inhalt der Rede Kenntnis erhalten. Man muß verstehen, daß es aus Gründen der Höflichkeit nicht möglich ist, die Antwort vorher bekanntzugeben.“

Nach langer Debatte stimmte die Kammer der Vertagung der Debatte auf Freitag durch Handaufheben zu.

Wie sie lügen!

Bösartige Verleumdungen eines Nazi-Blattes.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt:

Die Wochenchrift der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Wesermünde, „Sturmwelle“, hat in großer Aufmachung und angeblich als Mitteilung von bestinformierter beteiligter Seite die Nachricht verbreitet, der Reichsanwalt Dr. Bräning und Reichsaussenminister Dr. Curtius hätten auf der Rückfahrt von England nach der deutschen Küste durch Prasserei eine außerordentlich große Rechnung zu Lasten des Norddeutschen Lloyd verursacht.

Die Meldung war insofern besonders infam aufgemacht, als sie durch detaillierte Angabe der einzelnen kostspieligen Delikatessen und der Summen, die für jeden einzelnen Teil des Menüs verbraucht worden waren, den Anschein einer wirklichen Information aus der Küchenverwaltung des Dampfers zu erwecken suchte. Es wurden daran besonders aufreizende Kommentare geknüpft, in denen diese „Prasserei“ in Gegensatz zur Reinerordnung und zur Not des deutschen Volkes gestellt wurde, und in denen auf die zahlreichen offiziellen Veranstaltungen in England hingewiesen wurde, die anscheinend den beiden Ministern für ihre leiblichen Bedürfnisse noch nicht genügt hätten. Die Angaben der „Sturmwelle“ sind von Anfang bis zu Ende glatt erlogen.

In Anbetracht der in diesem Falle besonders bösartigen politischen Verheerung durch das Mittel unsauberer Waffen hat der Oberpräsident der Provinz Hannover auf Grund der Reinerordnung die erforderlichen Schritte zum Verbot des Blattes unternommen.

Gefängnisstrafe für Naziabgeordneten Lohse.

Jhehoe, 23. Juni.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Lohse, Gauleiter der NSDAP. Schleswig-Holstein, ist vom Amtsgericht zu Rindum zu drei Monaten Gefängnis und außerdem zur Erlegung sämtlicher Kosten einschließlich derjenigen für die Veröffentlichung des Urteils in westfälischen Zeitungen verurteilt worden.

Lohse hat während des Reichstagswahlkampfes in Wotho an der Weser in einer öffentlichen Versammlung gesprochen, wobei er auch auf die bekannte Kasellangelegenheit zu sprechen kam und behauptet haben soll, der Reichsminister Schiele habe fünf Millionen Mark vom Reichsbudget für persönliche Zwecke

erhalten. Ein Artikel in der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung“ hatte sich mit derselben Sache befaßt und behauptet, daß die fraglichen fünf Millionen Mark der „Grünen Front“ zugeflossen seien. Auch wegen dieses Artikels ist Lohse verklagt worden. Gegen das Urteil hat Lohse Berufung eingelegt.

Loepelmann dienstentlassen.

Gebührende Maßregelung eines hehrischen Jugendzählers

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Provinzialschulkollegium Berlin den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Studienrat Dr. Loepelmann von der „Fichte-Realschule“ in Berlin-Friedenau durch Disziplinarurteil vom 23. Juni mit Dienstentlassung bestraft wegen fortgesetzter Beschimpfungen und Beleidigungen gegenwärtiger und ehemaliger Mitglieder der Reichs- und preussischen Staatsregierung.

Sakentkrenzüberfall auf Reichsbanner.

Schwere blutige Zusammenstöße am Lühowplatz.

Am Dienstagabend zwischen 10 und 11 Uhr kam es am Magdeburger Platz und den umliegenden Straßen zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerkämpfern. Die Reichsbannerkämpfer kamen von einer Sportübung zurück und gingen in losen Gruppen nach Hause. In der Nähe des Afrika-Kasinos, Lühowstraße, wurden die letzten Gruppen von Nationalsozialisten überfallen und einige Reichsbannerkämpfer schwer verletzt, die in das Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert wurden. Auch verschiedene Nationalsozialisten wurden bei der Gegenwehr durch das Reichsbanner verletzt.

Die Täter verhaftet.

Die Polizei verhaftete vier der nationalsozialistischen Angreifer, darunter die mutmaßlichen Täter.

Genosse Apedzjalkowski, der gemessene Führer der polnisch-sozialistischen Fraktion und Chefredakteur des „Robotnik“, ist bei der nach Kasselung wegen Schwändels wiederholten Wahl in Boykott sein Mandat gekommen. — Oberst Bjernazki, der Schindlerchef von Brest-Litovsk soll eine hohe Stufenstufe erhalten; offenbar ist er der Armeelastig.

Wilhelm Bods letzte Heimfahrt

Trauerfeier in Oberkirch.

Oberkirch, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Am Dienstagvormittag um 10 Uhr hat ein Lastkraftwagen aus Gotha die sterbliche Hülle Wilhelm Bods von Oberkirch im Schwarzwald in seine Heimat getragen. In der Nacht zum Dienstag war der Tote im Krankenhaus des Bezirksamts Oberkirch aufgebahrt worden.

Der Bürgermeister des Amtsstädtchens Oberkirch hielt bereits am Montagabend in der Gemeindevorordnetenversammlung eine Gedächtnisrede für den Verstorbenen. Er feierte ihn als Menschen, dessen Streben dahin gegangen sei, den Interessen der Allgemeinheit dienlich zu sein. Die höchste behördliche Trauerfeier endete mit dem Beschluß, daß die Stadtkapelle Wilhelm Bod bei der Ueberführung ins städtische Spital an der Stadtgrenze einholen sollte.

Um 9 Uhr abends setzte sich der schlichte Trauerzug der Kurgäste des gewerkschaftlichen Ferienheims bei Bad Sulzbach in Bewegung. Arbeiter, Bauern und Bürger der angrenzenden Gemeinde schlossen sich dem Zuge an. Als die Stadtgrenze von Oberkirch erreicht war, leuchtete Fackelschein in den dunklen Abend. Adolf Ged, sein alter Mitstreiter aus frühesten Jugend, stand am Wegesrand auf der Landstraße und rief ihm Worte des Gedächtnisses nach. Er sagte:

„Dieser schlichte Wagen trägt ein Kleinod, dessen Wert Jahrzehnte hindurch gegolten hat. Der Name dieses Mannes wird in die Geschichte des schaffenden Volkes eingeschrieben sein. Sein Kampf galt den Armen und Entrechteten und die Vorsehung hat ihm als Gnade für ein kampfreiches Leben einen fast wunderbaren Tod gegeben. Seine Verdienste um die Arbeiterklasse und die Menschheit wird die große Trauerfeier in seiner Heimat zu würdigen haben. Wir, die Bewohner des Renz-Tales, geben dir einen letzten Gruß in deine Heimat, verbunden mit dem Dank für alles, worum du gekämpft hast.“

Der sozialdemokratische Abgeordnete des Badischen Landtages Reinhold Mannheim wünschte dem toten Führer auf der letzten Reise in seine Heimat unter Würdigung seiner Verdienste für die Sozialdemokratie ein letztes Lebewohl, verbunden mit der Mahnung an das lebende Geschlecht, im Kampf für die Sozialdemokratie nicht zu erlahmen. Im Mondscheinlicht der Nacht bewegte sich der stumme Trauerzug durch die Straßen von Oberkirch, die umfüllt waren von der mittrauernden Arbeiter- und Bürgerschaft. Auf dem rot despielerten Sarge lagen Blumengebilde aus roten Rosen von der Kurverwaltung des gewerkschaftlichen Ferienheimes, den Kurgästen und der badischen Bezirksparteiorganisation.

Beileidstelegramm des Reichszanlers.

Der Reichszanler Dr. Brüning sandte der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Tode Wilhelm Bods folgendes Beileidstelegramm:

Die Nachricht von dem Hinscheiden des früheren Reichstagsabgeordneten Herrn Bod hat mich tief ergriffen. Zu dem schweren Verlust, den die Sozialdemokratische Partei durch das Ableben dieses langjährigen Mitgliedes der Partei erlitten hat, spreche ich zugleich im Namen der Reichsregierung aufrichtiges Beileid aus.

Buresch Programm.

Die neue Regierung vor dem Parlament.

Wien, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Die Regierung Buresch hat sich dem Nationalrat vorgestellt.

Der Bundeskanzler erklärte, daß sein Kabinett die von der früheren Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen grundsätzlich weiter verfolgen, aber gewisse Änderungen vorschlagen werde. In der Außenpolitik würden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten und die guten Beziehungen zu den großen Mächten aufrechterhalten werden. Der wertvollste Bestandteil der Außenpolitik sei aber die alte Freundschaft mit dem Deutschen Reich. Bezüglich der Zollunion halte es die Regierung nicht für angebracht, sich vor der Entscheidung des Saager Gerichtshofes zu äußern.

Im Namen der Sozialdemokraten erklärte Abg. Danneberg, die Lehre der letzten Kabinettskrise sei, daß auf die Dauer ein Regime gegen die Arbeiter nicht möglich sei. Die Sozialdemokraten würden sich nicht als Aushängeschild für eine konturscheitende, bürgerliche Politik hergeben. Die Arbeitslosenversicherung müsse aufrechterhalten bleiben, und auch die Krisenfürsorge dürfe nicht unterhöht werden.

Die französischen Zumutungen.

In einer sozialdemokratischen Funktionäerversammlung führte Abg. Dr. Otto Bauer aus: Frankreich hat verlangt, erstens, Oesterreich solle auf die Zollunion mit Deutschland verzichten; zweitens den Bölkerbund verlassen, eine Erhebung über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Oesterreichs zu veranstalten und sich verpflichten, jeden Rat des Bölkerbundes, wie immer er aussehe, anzunehmen; drittens in Zukunft jeden Vertrag, durch den der politische oder wirtschaftliche Zustand Europas verändert würde, vor seiner Schließung dem französischen Ministerium des Aeußeren zur Prüfung vorzulegen. Nur wenn Oesterreich diese Bedingungen annehme, sei Frankreich bereit, Oesterreich die verlangte Anleihe von 150 Millionen Schilling zu gewähren.

Die Annahme dieses Ultimatus, erklärte Dr. Bauer, wäre das Ende unserer Selbständigkeit gewesen. Wir wären eine Kolonie Frankreichs geworden. Nichts liegt uns Sozialdemokraten ferner als Feindseligkeiten gegen Frankreich, aber angesichts dieses ungeheuerlichen Ultimatus muß gesagt werden, die französische Regierung hat die Rot Oesterreichs auszu-beuten versucht, um uns in eine Lage zu bringen, ähnlich der afrikanischen Regierstämme. Über die die französische Kolonialmacht herrscht. In diesen kritischsten Stunden hat die Bank von England 150 Millionen Schilling in der Oesterreichischen Nationalbank eingezahlt und den österreichischen Schilling gesichert.

Hochschulbuben gegen höchstes Gericht.

Wien, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Der akademische Senat der Universität, reis in der Furcht der Studenten, hatte eine Studentenordnung erlassen, wonach die „Studentenorganisationen“ geschaffen und die „Arbeitsgemeinschaft der größten, nämlich der deutschen, sozialistischen“ wurde; dabei blieb es aber im Besonderen der Nazis, wenn sie in „ihre“ Nation aufzunehmen!

Anschließend eines Beleidigungsprozesses hatte nun das Strafgericht beschloffen, diese Studentenordnung dem Verfassungsgerichtshof zur Prüfung vorzulegen. Dieses höchste Gericht hat

Hugenberg heran!

Der „Lokal-Anzeiger“ erklärt, daß der einzig richtige Mann für die Ausnützung des Moratoriums — Hugenberg sei!



Da sprach der alte Auerhahn:
Zehet, Kinder, laßt mich auch mal' ran!
Widerallala . . . (Aus der „Vogelhochzeit“)

Noch 4 Millionen Erwerbslose.

Stark verlangsamte Entlastung im Juni.

In den ersten beiden Juniwochen hat sich nach dem Bericht der Reichsanstalt die Entlastung des Arbeitsmarktes zwar noch fortgesetzt, doch hat sich die Bewegung ganz erheblich verlangsamt. Gegenüber dem Schlag vom 31. Mai sank die Ziffer der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen von 4 053 000 auf rund 4 Millionen Personen. Die Entlastung vom 1. bis 15. Juni stellt sich also auf rund 53 000 Personen. Wenn sich in der gleichen Zeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um mehr als 100 000 verringert hat, so beweist dies nur, in welchem Umfang die Aussteuerungen infolge der verschärften Bestimmungen gegenüber der tatsächlichen Entlastung des Arbeitsmarktes überwiegen. Insgesamt waren Mitte Juni noch 1 476 000 Hauptunterstützungsempfänger vorhanden, während die Zahl der Arbeitslosen 933 000 betrug.

Insgesamt hat sich seit Mitte März, als der Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit überschritten wurde, die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland um fast eine Million Arbeitslose vermehrt. Mit einem Stand von 4 Millionen Erwerbslosen zum Beginn des Sommers bleibt aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor trostlos. Wie die folgende Tabelle zeigt, läßt sich aber immerhin erkennen, daß die Entlastung von April bis Mitte Juni in diesem Jahre einen ganz anderen Umfang angenommen hat, als in der gleichen Zeit des Vorjahres! Der Abgang auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland betrug:

	1931	1930
am 31. März	— 226 000	— 325 000
.. 30. April	— 360 000	— 254 000
.. 31. Mai	— 291 000	— 152 000
.. 15. Juni	— 53 000	+ 12 000

Besonders fällt ins Gewicht, daß nach der Frühjahrsbesserung bereits in der ersten Junihälfte 1930 wieder ein Steigen der Arbeitslosenflut eintrat. Es war dies die Zeit, wo die Krise in Deutschland mit voller Wucht einsetzte, um dann zum Jahresende ihren Höhepunkt zu erreichen. Es ist kein Zweifel, daß die durch die Rotverordnung erzeugte politische Unruhe in Deutschland und die durch den Devisenverlust notwendig gewordenen drakonischen Maßnahmen der Reichsbank gefährliche Hemmnisse für eine weitere Besserung des Arbeitsmarktes bis zum Spätherbst darstellen.

man die Studentenordnung aufgehoben, zwar geht der Verfassungsgerichtshof recht vorsichtig um die Kernfrage herum, daß nämlich die Bevorzugung einer Parteirichtung verfassungswidrig ist, er hebt vielmehr die Verordnung deshalb auf, weil sie — Vereine betreffe, dies aber Sache des Vereingeseetzes sei und dies wiederum Bundesangelegenheit. Aber die Verordnung wird als gesetzwidrig aufgehoben.

Daraufhin stürzten heute die Nazis in die Hörsäle und prügelten unter wildem Geschrei gegen das höchste Gericht alle hinaus, die ihnen schon deshalb nicht gefallen, weil sie studieren und nicht faulen und raufen. Wie üblich fanden die Krawalle ihre Fortsetzung auf der Straße, wo die blutig geschlagenen Opfer laut protestierten und dafür niedergeknüppelt wurden. Der Rektor hat die Universität schließen müssen und das Gleiche ist auch an allen anderen Wiener Hochschulen der Fall.

Ein Musternazi.

Wien, 23. Juni.

Vor einigen Wochen war der Nazistudent Weinmann von der Universität durch die Straßen gestreift, um wahllos alle Passanten, die er traf und die er für Juden hielt, zu beißen! Ein „Arier“, den er ebenfalls biß, schlug ihn nieder und veranlaßte seine Festnahme. Während der Verhandlung, die mit seiner Verurteilung zu einer geringfügigen Freiheitsstrafe endete, las Weinmann unentwegt den „Bölkischen Beobachter“.

Verfassungsgericht gegen Remarquefilm.

Wien, 23. Juni.

Die Beschwerde der Universal-Gesellschaft gegen das Bundeskanzleramt wegen Verbotes des Filmes „Der Westen nichts Neues“ ist vom Verfassungsgerichtshof abgemiesen worden.

Allerdings ist nach diesen letzten Wochen der politischen und finanziellen Wirren durch das Programm des Präsidenten Hoover ein Umschwung eingetreten, dessen günstige Folgen auch noch für den Arbeitsmarkt in diesem Jahre wirksam werden können. Sollte Hoovers Plan mit einer völligen Einstellung der Reparationszahlungen bis zum 1. Juli 1932 angenommen werden, so würde zwar die im Etat hierdurch eingesparten Summen kaum für den Arbeitsmarkt in Betracht kommen, sondern in Reserve gestellt werden. Andererseits aber würde die Reichsbahn, der größte öffentliche Auftraggeber in Deutschland, durch das Moratorium 600 Millionen Mark sparen und hieraus könnten zum mindesten 300 Millionen für Zwecke der Arbeitsbeschaffung nutzbar gemacht werden. Da außerdem jetzt die Russenaufträge in Höhe von 200 Millionen Mark abgeschlossen sind, ferner in der Rotverordnung ein zusätzliches Beschaffungsprogramm der Reichsbahn im Werte von 140 Millionen vorgeesehen ist, so liegen hier noch Möglichkeiten vor, um eine baldige Steigung der Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern.

Deutsch-rumänischer Handelsvertrag.

Baldige Unterzeichnung in Genf.

Der deutsch-rumänische Handelsvertrag, der in Berlin paraphiert worden ist, wird voraussichtlich in den nächsten Tagen in Genf von Ministerialdirektor Pösch für Deutschland und Staatssekretär Popescu für Rumänien unterzeichnet werden.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben sich die Unterhändler streng an die Richtlinien gehalten, die gelegentlich der internationalen Verhandlungen über die Bevorzugung der südbalkanischen Staaten vereinbart worden waren. Es sind Ab-schlüsse zugestanden worden auf die jeweils geltenden autonomen Zölle und zwar für Zuttergerste ein Abschlag von 50 Prozent und für Mais unter Aufrechterhaltung des Maismonopols ein Abschlag von 60 Prozent. Lieferungsverpflichtungen sind nicht übernommen worden. Man ist sich sowohl in Berlin als auch in Bukarest bewußt, daß die Zustimmung der Staaten, mit denen Meistbegünstigungsverträge bestehen, nötig ist. Diese Zustimmung soll von den jetzt bereits in Genf vertretenen Staaten, die an den Verhandlungen des Agrarausschusses teilnehmen, eingeholt werden. Man hofft, daß der Vertrag im Herbst in Kraft tritt.

Volksbühne wird entschädigt.

Der Beschluß des Untersuchungsausschusses.

Der Kroll-Untersuchungsausschuh des Preussischen Landtages hat am Dienstag seine Schlusssitzung abgehalten und das Ergebnis der Untersuchungen festgestellt. Es wurde ein vom Zentrum und der Staatspartei eingebrachter Antrag angenommen, folgende Feststellungen zur Kenntnis des Landtages zu bringen:

1. Rechtlicher Ursprung und Umfang der staatlichen Verpflichtungen gegenüber der Kroll-Oper ergeben sich aus den vorgelegten Verträgen sowie den dazu getroffenen Abmachungen und dem Schiedsspruch.

2. Die Annahme des Abfindungsvertrages mit der Volksbühne vom 11. Dezember 1930 wird empfohlen. Die rechtlichen Verpflichtungen wären andernfalls von dem nach dem Vertrag vom 30. April 1923 einzusetzenden Schiedsspruch festzustellen. Eine sichere Aussicht auf eine bessere Entscheidung des Schiedsgerichts besteht nicht.

3. Der Ausschuh kann keine Schädigungen feststellen, für die ein einzelner Beamter verantwortlich zu machen wäre.

Dieser Antrag wurde mit 15 Stimmen der Koalitionsparteien gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien angenommen. Alle anderen Anträge, die teilweise ein Verschulden einzelner Regierungsstellen feststellen wollten sowie sich gegen eine Entschädigung für die Volksbühne richteten, wurden abgelehnt.

Die Partier Anwaltskammer hat ihren neuen Präsidenten gewählt. Wie vorausgesehen war, wurde Raymond Poincaré mit großer Mehrheit — 804 von insgesamt 980 abgegebenen Stimmen — gewählt.

Berlin in der Zange

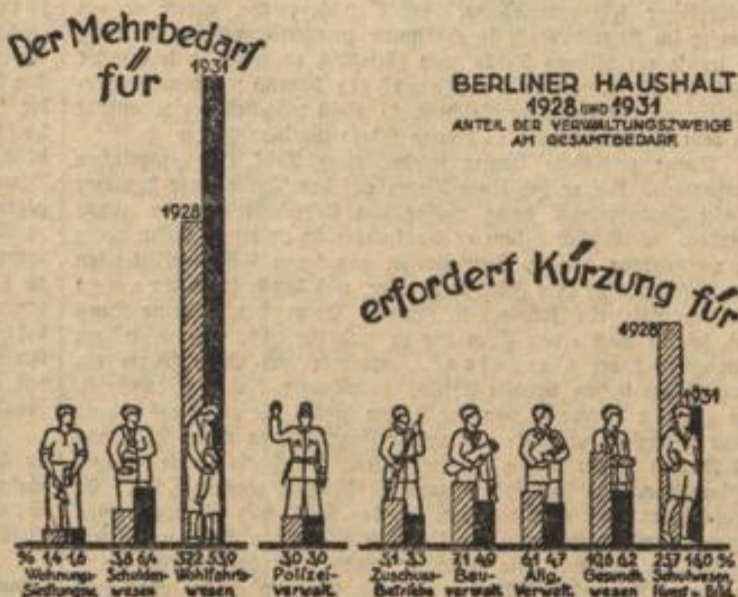
Zwangsläufigkeit im Etat — Ein lehrreicher Vergleich — Erhalten die Sozialleistungen!

Der Haushaltsauschuss der Stadtverordnetenversammlung hat die erste Lesung des Berliner Haushaltsplanes beendet. Nachstehend soll ein Einblick in die schwierige Gestaltung dieses Etats der Not gegeben werden.

Die nebenstehende Darstellung zeigt die Not des Berliner Haushalts 1931, die zugleich die Not aller deutschen Städte ist. Die Bildhaftigkeit der Darstellung wird auch dem, der Etatszahlen nicht zu lesen oder zu deuten gewöhnt ist, die inneren Zusammenhänge zwischen Mehrbedarf und notwendiger Einschränkung vor Augen führen.

Verglichen sind das letzte Jahr vor der Wirtschaftskrise (1928/29) und das laufende Haushaltsjahr 1931/32. Um einwandfreie Vergleichszahlen zu erhalten, ist der Zuschußbedarf (Ausgabe nach Abzug der Einnahme) für die einzelnen Verwaltungszweige im Verhältnis zum gesamten Zuschußbedarf des betr. Jahreshaushalts in Prozenten dargestellt. Der Zuschußbedarf betrug 1928 insgesamt 522,8 Millionen, 1931 beträgt er 654,9 Millionen. Dieser Bedarf mußte und muß im wesentlichen durch Steuern, zu einem geringen Teile durch Ueberlässe der gewinnbringenden Betriebe gedeckt werden (für 1931 sind 92 Millionen ungedeckt).

Man erkennt ohne weiteres die enorme Steigerung des Anteils der Wohlstandslosen (von 37,2 auf 53,9 Proz.) am gesamten Bedarf des Haushalts und der Schuldentilgung (3,8 auf 6,4). Diese Steigerung ist durch eine Steigerung der Ausgaben hervorgerufen, wie man aus der kleinen Hilfsdarstellung ersieht, die die reinen Ausgaben für die beiden Etatsjahre



Wohnungswesen, bei dem die Ausgaben durch die Einschränkung der Hauszinsmittel rapid gefallen sind. Die Erhöhung des Zuschußbedarfs erklärt sich hier daraus, daß die Einnahmen (eben die Hauszinsmittel) ebenso stark zurückgegangen sind, während die übrigen Ausgaben (für den Zinsdienst der Zuschußhypotheken) weiter gestiegen sind. Der Anteil des Bedarfs für die Polizeiverwaltung ist der gleiche geblieben. Die Ausgaben sind im gleichen Verhältnis wie der gesamte Etat gestiegen.

Alle anderen Verwaltungszweige mußten in ihrem Zuschußbedarf gekürzt werden. Die nebenstehende Darstellung läßt das Ausmaß dieser Kürzungen ebenso wie ihre Notwendigkeit mit aller Deutlichkeit erkennen. Ein Vergleich mit der Hilfsdarstellung zeigt aber, daß die Ausgaben durchaus nicht ebenso stark wie der prozentuale Anteil des Zuschußbedarfs gesunken sind, daß also soziale und kulturelle Forderungen trotz aller notwendigen Sparmaßnahmen im Rahmen des finanziell irgend Möglichen noch einigermaßen erfüllt sind.

Es steigt die Ausgaben für... Es sanken die Ausgaben für...



angibt (also ohne Berücksichtigung der Einnahmen in dem betr. Verwaltungsgebiet). Anders steht es mit dem Bedarf für das

Pulverfabrik explodiert.

Bisher elf Tote geborgen. — Viele Schwerverletzte.

London, 23. Juni. Am Dienstag ereignete sich in der Nitroglycerin-Abteilung der Marine-Pulverfabrik Solton Heath bei Poole (70 Kilometer westlich von Portsmouth) eine schwere Explosion. Bisher wurden elf Tote und mindestens zehn Verwundete festgestellt. Viele Arbeiter trugen leichte Verletzungen davon. Der Sachschaden ist außerordentlich groß. Die Wirkung der Explosion wurde in einem Umkreis von 35 Kilometern verspürt. Man glaubte in der Umgebung zunächst an ein Erdbeben. Die gleiche Fabrik war bereits vor zwei Jahren der Schauplatz eines ähnlichen Unglücks, dem damals vier Arbeiter zum Opfer fielen.

Eine riesige Rauchwolke lag über der Unglücksstelle, die sofort für alle Zivilpersonen in einem weiten Umkreis abgeperrt wurde, da die Herstellung der Sprengstoffe geheimgehalten wird, so daß es sogar keiner zivilen Feuerwehr, sondern nur den Löschzügen des Werkes erlaubt war, das Feuer zu bekämpfen. Der Leiter des Werkes äußerte sich, daß die Explosion im Ritrerhaus entstanden sei und die angrenzenden Gebäude zerstört hätte. Nach der ersten Explosion sei ein Tank mit Schwefelsäure in die Luft geflogen, und die Säure sei in das Flammenmeer der ursprünglichen Explosion geflossen, so daß es wie ein Wunder erscheinen müsse, daß die Verluste an Menschenleben nicht größer gewesen wären.

Um den Könnecke-Bericht.

Scharfer Widerspruch im Landtagsauschuss.

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages über „Mißstände in der Berliner Stadterhaltung“ besprach gestern den umstrittenen abschließenden Bericht des deutschnationalen Berichterstatters Könnecke.

Hierbei wandte sich der staatsparteiliche Abgeordnete Riedel vor allem gegen die allzu schroffen Feststellungen über den früheren Oberbürgermeister Böß und verlangte, daß man sich der Begründung des Obergerichtsurteils im Disziplinarurteil anschleße. Die Rechte widersprach in einer Form, die namentlich beim Vertreter der Deutschnationalen abseits von jeder Sachlichkeit lag. Der sozialdemokratische Abgeordnete Drügemüller betonte, daß gegen die Grundstücksverhältnisse grundsätzlich nichts einzuwenden sei. Es sei nur festgestellt, daß der wirtschaftsparteiliche Stadtrat Büsch diese Dinge persönlich ausgewertet habe. Ueber Oberbürgermeister Böß könne der Ausschuss kein anderes Urteil aussprechen, als es das Obergericht nach viel ausgiebigerer Beweisaufnahme gefällt habe. Der Berichterstatter Könnecke wollte zum Ausdruck gebracht wissen, daß die Aufsichtsbehörde nicht rechtzeitig genug tatkräftig eingegriffen habe. Der Vertreter des Innenministeriums trat dem energisch entgegen. Der sozialdemokratische Vertreter Harnisch wünschte gleichfalls eine mildere Fassung in der Frage des Verhaltens der Aufsichtsbehörde und sagte sich im Falle Böß für den Vorschlag des Abg. Drügemüller ein.

Die Feststellungen des Berichterstatters und die Anträge gingen an einen Redaktionsauschuss, der heute vormittag berät. Heute nachmittag wird der Vollausschuss die Abstimmung vornehmen.

Der A.D.G.B., Ortsauschuss Berlin, veranlaßt mit den anderen Organisationen der Arbeitnehmerschaft Filmvorführungen „Im Westen nichts Neues“. Näheres ist im Inseratenteil zu ersehen. Es wird gut sein, daß man sich sofort mit Eintrittskarten versieht, da sonst die Möglichkeit besteht, daß die Karten vergriffen sind.

Neuer Flug Amerika—Europa.

Amerikanische Flieger zum Weltumflug gestartet.

New York, 23. Juni. Auf dem Flugplatz Roosevelt Field sind die amerikanischen Flieger Post und Gatty in den frühen Morgenstunden des Dienstag zum Flug nach Harbor Grace als der ersten Etappe des beabsichtigten Weltumfluges gestartet. Sie planen einen Ohnehalf-Flug von Harbor Grace nach Berlin.

Zwei Kinder schwer verunglückt.

Beim Spielen auf dem Fahrdamm ließ Dienstag nachmittag der 7jährige Paul Steinhäuser aus der Sofener Straße 24 in ein Lieferlastauto hinein. Das Kind erlitt einen schweren Schädelbruch und Zerreißung der Armmuskeln. In bedenklichem Zustande wurde es in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert. Der zweite Straßenunfall trug sich in Char-

lottenburg vor dem Hause Schillerstr. 95 zu. Dort geriet der vierjährige Heinz Eggert in der Nähe der elterlichen Wohnung unter die Räder eines Privatautos. Schwer verletzt wurde das verunglückte Kind in das Westend-Krankenhaus übergeführt.

Tragisches Ende einer Weltreise.

Zwei junge Augsburger Arbeiterkinder namens Spöck und Böffel, die am 16. April von Augsburg aus im Paddelboot zu einer Reise um die Welt gestartet und nach mancherlei Gefahren auf der Donau durch das Schwarze Meer glücklich bis nach Konstantinopel gelangt waren, sind auf der Weltfahrt nach Smyrna nach einer in Augsburg eingetroffenen Nachricht während eines Sturmes in den Fluten des Ägäischen Meeres umgekommen.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Donnerstag, den 25. Juni, abends 7½ Uhr, Weinmeisterstr. 16/17, im Gefangensaal der Sophienstraße Übungsstunde.



„Hundertzwanzig Rubel hinten. Hunderzfünfunddreißig Rubel, auch hinten. Hunderzfünfunddreißig.“

Ostap stand ruhig da, den Rücken zum Podium gewendet und betrachtete lächelnd seine Konkurrenten.

Die Auktion war in vollem Gange. Es gab keinen freien Platz mehr. Gerade hinter Ostap bekam eine Dame Lust auf die Stühle. Nachdem sie sich mit ihrem Mann beraten hatte (Wunderbare Arbeit, Sonja! Und aus dem Palast!), hob sie den Arm.

„Hunderzfünfundvierzig, fünfte Reihe rechts. Zum erstenmal.“

Im Saal wurde es ruhiger. Das war schon zu teuer. „Hunderzfünfundvierzig. Zum zweitenmal.“

Ostap blickte gleichgültig zur Decke. Worobjew sah mit gesenktem Kopf da und erschauerte.

„Hunderzfünfundvierzig, zum drittenmal.“

Aber knapp bevor der schwarzlackierte Hammer auf das Brett niederfiel, wandte sich Ostap um, hob den Arm und sagte nicht besonders laut: „Zweihundert!“

Alle Köpfe wandten sich den Konzeßionären zu. Die Mühen und Hüte waren in Bewegung. Der Ausrufer hob das gelangweilte Gesicht und sah Ostap an. „Zweihundert, zum erstenmal“, sagte er. „Zweihundert, in der vierten Reihe rechts, zum zweitenmal. Gibt niemand mehr? Zweihundert Rubel, eine Möbelgarnitur, bestehend aus zehn Nussbaumstühlen aus dem kaiserlichen Palast. Zweihundert Rubel, zum drittenmal, vierte Reihe rechts.“

Die Hand mit dem Hammer hing über dem Katheder in der Luft.

„Zu wenig!“ sagte Worobjew.

Ostap lächelte, hatte gerötete Wangen und war ruhig. Der Hammer schlug nieder und ließ einen himmlischen Ton vernehmen.

„Verkauft“, sagte der Ausrufer. „Fräulein! Vierte Reihe rechts.“

„Run, Vorsichtiger, war das effektiv?“ fragte Ostap. „Ich möchte wissen, was Sie ohne den technischen Leiter gemacht hätten.“

Worobjew knurrte beglückt. Das Fräulein kam im Lauffschritt heran. „Sie sind es, die die Stühle gekauft haben?“

„Wir!“ rief Worobjew, der sich lange zurückgehalten hatte. „Wir, wir. Wann können wir die Stühle bekommen?“

„Wann Sie wollen. Auch gleich.“

Die Melodie: „Andere haben andere Hirne...“ sprang plötzlich in Worobjews Kopf herum. Die Stühle sind unser, unser, unser! Sein ganzer Organismus schrie es. Unser! — rief die Leber. Unser! — bestätigte das Zwerchfell.

Es war ein solcher Freudenstoß gewesen, daß er jetzt an ganz unerwarteten Stellen den Puls schlagen spürte. Alles vibrierte, wankte und erzitterte unter dem Ansturm solch unerhörten Glücks. Er sah einen Zug vor sich, der sich dem Gotthard näherte. Auf der offenen Plattform stand er selbst in weißer Hose und rauchte eine Zigarre. Edelweiß fiel still auf sein Haupt, das wieder wie einst mit dem aluminiumfarbenen Haar geschmückt war, Worobjew fuhr nach Italien.

„Warum zweihundertdreißig und nicht zweihundert?“ hörte Worobjew neben sich fragen.

Ostap war es, der dies fragte und die Quittung in den Händen drehte.

„Fünfundzwanzig Prozent werden für die Kommission zugeschlagen“, antwortete das Fräulein.

„Da ist nichts zu machen. Hier nehmen Sie.“ Ostap zog seine Brieftasche heraus, zählte zweihundert Rubel und wandte sich dann an den Generaldirektor des Unternehmens. „Zahlen Sie dreißig Rubel, mein Lieber, und rasch, Sie sehen, die Dame wartet. Run!“

Worobjew machte keine Anstalten, das Geld herauszunehmen.

„Run? Warum sehen Sie mich an wie der Soldat die Laus? Sind Sie vor Glück verrückt geworden?“

„Ich habe kein Geld“, murmelte Worobjew endlich.

„Wer hat nicht?“ fragte Ostap sehr leise.

„Ich habe es nicht.“

„Und die zweihundert Rubel?“

„Ich... h—abe f—sie verloren.“

Ostap sah Worobjew an, prüfte rasch sein müdes Gesicht, die grüne Farbe der Wangen und die Säcke unter den Augen. „Geben Sie rasch das Geld her!“ flüsterte er haßerfüllt. „Alter Schuft...“

„Werden Sie also zahlen?“ fragte das Fräulein.

„Einen Augenblick“, sagte Ostap und lächelte bezaubernd, „ein kleines Mißverständnis.“

Es gab noch eine kleine Hoffnung. Man konnte den Verkäufer vielleicht überreden, mit dem Geld zu warten.

Da griff der zu sich gekommene Worobjew speichel-sprühend in das Gespräch ein. „Erlauben Sie!“ schrie er. „Wozu diese Kommission? Wir wissen nichts von einer solchen Kommission! Man muß die Leute warnen. Ich weigere mich, diese dreißig Rubel zu zahlen!“

„Gut“, sagte das Fräulein sanft, „ich werde gleich alles einrichten.“ Sie nahm die Quittung, lief zum Ausrufer und sagte ihm einige Worte. Der Auktionär stand sofort auf. Sein Bart glänzte im Licht der starken Glühlampen. „Nach den Regeln der Auktion“, sagte er laut, „hat die Person, die sich weigert, den vollen Betrag für den von ihr gekauften Gegenstand zu bezahlen, den Saal zu verlassen! Der Kauf wird annulliert.“

Die erstaunten Freunde saßen regungslos da.

„B— bitte sehr!“ sagte der Auktionär.

Der Effekt war groß. Man lachte boshaft im Publikum. Ostap stand aber doch nicht auf. Er hatte schon lange nicht einen solchen Schlag verfehlt bekommen.

„B— bitte sehr!“ Der Verkäufer sprach mit einer singend-monotonen Stimme, die keinen Widerspruch zuließ. Das Gelächter im Saal wurde stärker.

Und sie gingen. Nicht viele sind je aus diesem Saal mit einem so bitteren Gefühl geschritten. Worobjew ging voran. Seine knochigen Schultern waren gebeugt, sein kurzer Rock und die breiten Schuhe ließen ihn einem Kranich ähnlich erscheinen. Auf seinem Rücken spürte er den warmen freundschaftlichen Blick des großen Kombinator.

Die Konzeßionäre blieben im Zimmer, das sich neben dem Auktionsaal befand. Jetzt konnten sie die Auktion nur durch eine Glastür verfolgen. Der Weg zurück war gesperrt. Ostap schwieg freundschaftlich.

„Empörende Wirtschaft“, murmelte Worobjew feige. „Ein Skandal! Man sollte sich bei der Mißz beschweren.“

Ostap schwieg.

„Nein, wirklich, es ist empörend!“ erhob sich Worobjew weiter. „Man beraubt die Arbeiterklasse. Bei Gott!... Für so abgenutzte Stühle — zweihundertdreißig Rubel. Zum Verdrückwerden...“

„Ja“, sagte Ostap mit einer hölzernen Stimme. (Fortsetzung folgt.)

Hungernde betrugt man leicht...

Die besten Objekte für Schwindelmanöver finden Betrüger immer wieder unter jenen Menschen, denen Not und Verzweiflung den scharfen Blick für das Reelle getrübt haben. Und das faubere Schlächtermeisterpaar aus Neutölln, über deren Betrugsmanöver wir bereits im gestrigen Abendblatt kurz berichteten, hat sein Geschäft wieder einmal sehr gut verstanden. Hunger tut befalliglich weh und Dalles schafft das brennende Verlangen nach geblühem Besitz; was liegt also näher, als daß man sich Dumme fängt, wenn man ihnen billiges Fleisch und einen hohen Prozenttag für abgeborgtes Geld verspricht.

Da kommt beispielsweise der Arbeitslose A., der dem „Vorwärts“ sehr ausführlich über sein Mißgeschick berichtet, und will sich für seine paar Groschen ein Pfund Pferdefleisch erstehen; Frau Schlächtermeister, die es meisterlich versteht gute und vor allem wirkungsvolle Konversation zu machen, verwickelt den Kunden in das ewig gleichbleibende Problem des Tages: Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit. Und während sein Mund überläuft, des sein Herz voll ist, freifen seine Augen verlangend den Ladentisch ab. „Ich hätte da ein feines Stück Filet“, meint die Gute; „kann ich mir bloß nicht leisten“ erwidert der Kunde. „Ach, ich laß es Ihnen billig, kommen Sie man“; dabei lockt sie ihn hinter den Ladentisch, wispert sie ihm geheimnisvoll den Ausnahmepreis zu und meint zum Schluß so ganz nebenbei: „ach mein Mann ist doch gerade verzeilt und ich kann erst morgen von der Sparkasse Geld abheben. Wollen Sie sich 10 Mark verdienen? Leihen Sie mir doch bis morgen vierzig Mark, Sie kriegen fünfzig dafür wieder!“ Und weil des Armen Mund schon wässrig genug nach dem saftigen Filet war und geht auch nach Bargeld winkte, da drückte er ihr willfährig das für die Mietzahlung zusammengesichene Geld in die Hand. Teures Filet, das er sich da zum „Ausnahmepreis“ erstand! Aber er ist es nicht allein, er hat eine ganze Menge Leidensgenossen, die alle auf diese oder ähnliche Weise den Schwindlern ins Garn gingen. Hunderte von Mark sind verschiedene dabei los geworden, sie haben ihr Lehtes verpfändet, um sich nach dem schweren Verlust nur überhaupt über Wasser halten zu können. Und all die Opfer sind aus den Reihen der Allerärmsten, die ihr Lehtes nuybringend anzulegen hofften und deren hungrigem Magen es wohl auch die „billigen“ saftigen Fleischstücke angetan hatten! Inzwischen sind die fauberen Fleischherdgel ausgelassen und es ist kaum anzunehmen, daß sie mit der gefüllten Briefstache wiederkehren, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Hiller, Busch & Co.

Die seltsamen Geschäfte um Düppel-Dreilinden. — Herr Hiller ist vergeßlich.

Der zweite Verhandlungstag in dem Schwurgerichtspröziß gegen den Grundstücksmafker Hiller war mit der Bernehmung Hillers ausgefüllt. Hiller erklärte, daß er sich in den Jahren 1923 bis 1924, als die Wochenendbewegung eingelegt habe, für den Ankauf des dem Prinzen Friedrich Leopold gehörigen Rittergutes Düppel-Dreilinden beschäftigt habe. Nachdem er bereits das Optionsrecht an Düppel-Dreilinden erhalten habe, habe er erfahren, daß die Stadt ebenfalls Interesse an dem Kaufe des Rittergutes habe. Hiller kommt dann zur genauen Schilderung der damaligen schwierigen Verhandlungen. Zu den Wchselfelgeschäften, die er mit dem verstorbenen Stadtrat Busch hatte, sagt Hiller, daß er dagegen nicht die geringsten Bedenken gehabt habe, weil es sich doch schließlich bei seinem jährlichen 15-Millionen-Umsatz um einen geringen Betrag — es waren 100 000 Mark — gehandelt habe.

Auf Vorhalt des Vorsitzenden, ob er nicht schon deshalb dagegen Bedenken gehabt habe, weil sich doch Stadtrat Busch damals als Beauftragter des Magistrats mit den Ankaufsverhandlungen des Gutes Düppel-Dreilinden befaßt habe, erwidert Hiller, daß ihm diese Geldübergabe an die dem Stadtrat Busch gehörende Petrosca A.-G. neben sächlich erschienen sei. Der Angeklagte, Grundstücksmafker Hiller, erklärt wörtlich: „Herr Vorsitzender, wenn ich den Stadtrat Busch bestochen wäße, dann hätte ich ihm das Geld in die Tasche gesteckt. Für so schlecht dürfen Sie mich halten, aber nicht für so dumm.“

Vorsitzender: Wo haben Sie aber die hunderttausend Mark gelassen, als Sie sie von Stadtrat Busch zurückerhielten? In den Büchern findet sich darüber nichts. In der dem Stadtrat Busch gehörenden Petrosca A.-G. sind über das Wechselgeschäft überhaupt keine Eintragungen vorgenommen worden. Angeklagter Hiller: Ich habe mich für diese hunderttausend Mark einen Rembrandt gekauft. Deshalb ist die Rückzahlung dieser hunderttausend Mark gar nicht eingetragen, und ich habe es vergessen, meinem Buchhalter zu sagen. Hiller weist dann darauf hin, daß er bei dem ganzen Düppel-Dreilinden-Geschäft „lediglich“ 370 000 Mark verdient habe. Die ganzen Millionen-Beträge, die in der Presse aufgetaucht seien, wären erlogen. Was seine Aussage vor dem Untersuchungs-Kommissar Tapolski anlangt, wo er von dem Wechselgeschäft nichts erwähnt habe, so müsse er dazu bemerken, daß ihm dieses Geschäft vollkommen entfallen sei.

Denkschrift zur Kriegsofopferversorgung.

Der Reichsverband Deutscher Kriegsofopfer und Kriegerhinterbliebener, Berlin SW. 68, Charlottenstr. 85, hat dem Reichstage, der Reichsregierung, den sonst maßgebenden Stellen und den Reichstagsabgeordneten eine Denkschrift zur Kriegsofopferversorgung zugeleitet. Der Inhalt der Eingabe wendet sich vor allem gegen den Fortfall von Heilbehandlung für Verwundungsfolgen und Kriegsleiden, die Entziehung von Kinderzulagen bei Beschädigten, die Verschlechterungen und Einschränkungen der Hinterbliebenen, einschließlich Kriegesofopferversorgung und die darüber hinaus erfolgten allgemeinen erheblichen Rentenkürzungen. An Hand von Beispielen wird nachgewiesen, daß Rentenkürzungen in nicht verantworflicher Höhe erfolgt sind. Die Beispiele ergeben, daß Kürzungen in Höhe bis 80 Proz. und mehr vorgenommen wurden. Die übersichtliche Zusammenstellung des Reichsverbandes gibt für die demnächst im Reichstage erfolgende Behandlung der Kriegsofopferfragen beachtliches Material.

Der Deutsche Landgemeindegtag zur Notverordnung.

Der engere Vorstand des Deutschen Landgemeindegtags tritt am 24. Juni in Berlin zu einer Sitzung zusammen, auf der Präsident Landrat a. D. Dr. Gercke-Pressel, M. d. R., über die neue Notverordnung und ihre Bedeutung für die Landgemeinden sprechen wird. Im Anschluß daran tagt auch der engere Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden in Berlin, um gleichfalls Stellung zu der Notverordnung zu nehmen.

106. Abteilung. In unserem treuen Kampfgenossen Wilhelm Krüger zum 65. Geburtstag herzlichste Glückwünsche.

Miß Berlin und der Kletterer.

Zur Wirklichkeit gewordener Film vor Gericht.

Wenn Filme zur Wirklichkeit werden, so endet die Geschichte in der Regel auf der Anklagebank. Der Roman der Miß Berlin und des Fassadentkletterers Max Torge muiet wie ein Film an. Max Torge verantwortete sich wegen versuchten Raubes und gefährlicher Körperverletzung. Einst Vädergeselle, geriet er als Zapfer im Kammerbrett in Hannover in Gesellschaft von Artisten, er lernte verschiedene Tricks, und schließlich verjuchte er sein Glück selbst als Artist. Seine Berühmtheit begann mit dem Emporklettern an der Leipziger Reichsbank. Sein waghalsiges Kunststück an dem Germania-Haus in Berlin führte ihn dem Film zu.

Torge vollführte immer wieder ohne Trick die gefährlichen Klettereien. Als er sich eines Tages auf den Turm einer Berliner Kirche hinaufgewagt hatte, mußte das Leberialkommando geholt werden. Schließlich bekam er die Hauptrolle in einem Film, reiste in verschiedene Städte Deutschlands, um durch Fassadentklettereien das Publikum zu dem Film anzureizen, und lernte so in Bremen die Schauspielerin Fräulein K. kennen. Er brachte ihr seine Kunst bei, schreß auch einen Film für sie und für sich, er erhielt ein Engagement bei Sarrafani, verdiente viel Geld, führte ein sorgenfreies Leben, bereiste Afrika, die Schweiz, Italien, Frankreich. In Paris wurde er von der Firma Pathé für einen besonders Trick engagiert, er sollte auf einem Fahrrad von einer Höhe von 24 Metern in ein Bassin hinuntertauchen. In Paris kaufte er auch Chloroform, das ihm später zum Verhängnis werden sollte. Er brauchte es, wie er sagte, um für den Fall, daß die waghalsige Nummer mißlingen sollte, an Ort und Stelle von Ärzten operiert werden zu können. Die Nummer wurde von der Polizei verboten. Torge schwante, ob er nach Amerika gehen, oder nach Berlin zurückkehren solle.

Seine Freundin Fräulein K. war unterdes Miß Berlin geworden und sollte als Miß Germania gemahlt werden. Sie wollte, daß er nach Deutschland zurückkehre. Torge traf in Berlin ohne einen Pfennig Geld ein, er hatte alles in Monte Carlo verspielt. Aufträge blieben in der ersten Zeit aus. Er arbeitete an einem Tonfilm im Auftrage von Paramount. Ein Vertrag mit Sarrafani stand bevor. Die Wirtin drängte aber auf Mietzahlung. Am 23. April um 5 Uhr nachmittags mußten Torge und Miß Berlin die Wohnung räumen. Zwischen beiden hatte es am Vormittag heftige Szenen gegeben. Sie wollte von ihm gehen. Beide hatten den ganzen Tag nichts gegessen. Von den Aufregungen des Vormittags und den Streitigkeiten der Wirtin erschöpft, saßen sie gegen 8 Uhr im Café in Erwartung eines Bekannten, bei dem sie zu übernachten hofften. Ihre Sachen hatten sie auf dem Bahnhof untergebracht. Torge verließ seine Freundin, angeblich um Geld zu holen, klopfte einige Minuten beim Juwelier, Anekebedstr. 10, um einen reparierten Becker abzuholen. Als der Uhrmacher damit beschäftigt war, die Uhr herauszufuchen, trat Torge plötzlich an ihn mit einem Chloroformgetränkten Schwamm heran, den er ihm fest ins Gesicht drückte. Der Uhrmacher rief um Hilfe und der Räuber wurde verhaftet.

Heute erklärte der kühne Kletterer, daß die Absicht, den Leberfall zu begehen, ihm erst plötzlich im Juwelierladen gekommen sei. Seine Freundin kann sich sein Vorgehen nicht erklären. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten neun Monate Gefängnis.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten der Anklage des Staatsanwalts gemäß zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Ein Anzug zu verschenten!

Alte Männer werden schändlich betrogen.

Einem mit recht schäßigen und hinterhältigen Tricks arbeitender Gauner, der sich nur an hochbetagte, körperlich schwache Männer heranmacht, ist die Polizei auf die Spur gekommen. Seit 1929 treibt er bereits sein Unwesen, ohne daß es gelang, seiner habhaft zu werden. Etwa 80 bis 90 Diebstähle fallen ihm zur Last. Sein Trick ist folgender:

Auf der Straße oder in einem Park spricht er alte Männer an und erzählt ihnen, daß er Geselle bei einem Schneidermeister sei, der einen Anzug oder einen Mantel zu verschenten habe. Der Preis sei gerade der passende Empfänger für diese Kleidungsstücke. Die alten Leute sind nun ericret über die Güte und folgen dem jungen Manne, der sie in irgendein Haus verschleppt. Seine Mutter oder der Schneider, so sagt er nun, wohne im 4. Stock. Die Geber seien aber so komische Leute, sie würden sich sicherlich die Uhr oder das Portemonnaie zeigen lassen, weil sie die Sachen nur an wirklich Bedürftige abgeben wollen. Wenn er irgendwelche Wertachen bei sich hätte, würde er die Kleidungsstücke bestimmt nicht bekommen. Die alten Leute sind natürlich darüber sehr erschrocken. Der junge Mann bietet sich dann an, die Uhr und das Geld solange selbst zu verwahren. Er würde ihm die Sachen nachher heimlich wieder zusteken. Im Hauskur geben die alten Leute meistens ihre geringen Wertachen dem Gauner in die Hände. Diesem fällt dann ein, daß er schnell noch etwas befragen müsse und verschwindet. Während der Geber nun im 4. Stock nach dem Geber sucht, ist der Bürsche über alle Berge.

Am Dienstag hatte der Dieb einen alten Mann in ein Haus nach der Ritterstraße verschleppt. Dem alten Mann mußten aber Bedenken aufgestiegen sein, denn er wollte seine silberne Uhr und seine Geldbörse mit 10 Mark Inhalt von dem jungen Manne wieder zurück haben. Darauf bogte der Gauner den alten Mann zu Boden und ließ ihn hilflos liegen. Aus Nase und Mund blutend wurde er aufgefunden. Der Strolch war aber bereits wieder entkommen.

Personen, die irgendwelche Mitteilungen machen können, werden gebeten, sich bei Kommissar Stiller im Zimmer 4 im Polizeipräsidium zu melden.

Berliner Schuhmacher feiern.

Vor 700 Jahren ist in Berlin die Schuhmacher-Innung gegründet worden. Die Innungsgeschichte der Berliner Schuhmacher hat viele bewegte Zeiten zu schülern; die jüngste Gegenwart kann dafür Zeugnis geben. Wie Obermeister Hübner bei einer Feier im „Saalbau Friedrichshain“ ausführte, haben auch die 3000 Mitglieder der Innung in dieser Zeit schwer zu kämpfen. Geschäftschädigend wirkt besonders das Schleudern der Fabriken mit billigen Schuhwaren. Diese billigen Schuhe lohnen eine Reparatur nicht, man wirft sie einfach weg und kauft neue. Trotz der schlechten Zeiten hatte es sich die Innung nicht nehmen lassen, wieder in den vorausgegangenen Jahren ihren ältesten Mitgliedern ein Ehrenessen zu verabsolgen. Man sah in dieser Reihe ehrwürdige Meister von 90 Jahren, von denen einige ihre Gewerbe noch ausüben. Das schöne Sommerfest wurde verschönt durch die vorzüglichen Vorträge des Gesangsvereins der Berliner Schuhmacher und durch eine reichhaltige Bühnenschau. Zu erwähnen ist noch, daß der hoffentlich nicht unbedeutliche Ueberschuß aus der Veranstaltung dem Untersuchungsfonds der Innung zufließt.

Die Vorfälle in Gütergoh.

Die Vorfälle von Scheuen haben dem Magistrat Verantwortung gegeben, die Zustände in den städtischen Erziehungsanstalten einer genauen Nachprüfung zu unterziehen und allen lautgemordenen Vorkwürfen nachzugehen.

Gewisse Vorgänge in der Berliner Erziehungsanstalt Gütergoh bei Stahnsdorf haben weiter dazu geführt, daß der Magistrat den sozialdemokratischen Direktor Briflow mit einer durchgreifenden Untersuchung der Vorfälle beauftragt hat. Vor etwa dreipiertel Jahren waren gegen die Erzieher Stein und Wein schwere Vorkwürfe erhoben, daß die Jöglinge mißhandelt und sich an jugendlichen vergangen hätten. Schon damals hatte der Magistrat durchgegriffen und die beiden Erzieher von der Anstalt entfernt. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft in Potsdam gegen den Erzieher Stein, der besonders belastet ist, ein Versehen wegen Mißbrauch der Amtsgewalt, Mißhandlung und Verbrechen hzm. Vorgehen aus §§ 174 und 175 des Strafgesetzbuchs eingeleitet. Der Leiter der Anstalt, Direktor Bulowitz, hat sich wegen eines Nervenzusammenbruchs beurlauben lassen. Auch gegen seine Ausführungen sind Beschuldigungen laut gemorden. Auch das ist Gegenstand der mit aller Energie in die Wege geleiteten Untersuchung.

Kasperle auf der Bauausstellung.

Im Haus „Ring der Frauen“ auf der Bauausstellung war kürzlich reges Leben: Spieltag für Klein und Groß. Lehrkräfte und Schülerinnen des Berliner Fröbel-Vereins, des Pestalozzi-Fröbelhauses und des Berliner Jugendheim beschäftigten sich mit den Kindern. Die Großen schauten zu; Gemütmachen eine öffentliche Unterrichtsstunde in der Spielschule. Die Kinder lebten und bastelten, fertigten Papiermützen unter sachverständiger Leitung an; die kleinen und die großen Mädchen machten Kreisspiele und vor dem Kasperltheater fanden sich alle, Klein und groß, zu gemeinsamer Freude zusammen. Die lustigen Streiche Kasperles bildeten auch für viele kinderlose Erwachsene einen Anziehungspunkt, so daß oft mehr Erwachsene als Kinder da waren. Und die Kinder selbst mußten den Spieltag richtig aus, manche waren von Beginn an bis zum Schluß da; sie werden ihr Eintrittsgeld wohl „abgespielt“ haben.

Genosse Julius Bieweg, Neutölln, Zietenstr. 71, begeht heute seinen 75. Geburtstag. Seit 1893 ist Genosse Bieweg treues Mitglied unserer Partei und Beser der Parteipresse. Unter dem Sozialisten-Gesetz wurde er ausgewiesen und mußte sich in Magdeburg eine neue Existenz gründen. Bis in die letzte Zeit hinein hat der Genosse Bieweg noch Funktionen in der Partei beseslet. Wir wünschen dem Jubilar einen beschaulichen Lebensabend.

Allgemeine Wetterlage.



Im Rücken der kühlen Luft, die in der Nacht zu Dienstag das nördliche und östliche Deutschland überstutet hat, ist das Barometer gestiegen. Es hat sich infolgedessen im Bereich der Ostseeküste ein flaches Hoch ausgebildet. Luftdruckfall über Frankreich und dem südlichen Mitteleuropa hat dort ein Tiefdruckgebiet erzeugt. Die Luftdruckverteilung bedingt in Deutschland eine nordöstliche Luftströmung. Da sich das träge Tief, dessen Kern über Finnland liegt, jetzt ausfüllt und dabei von uns entfernt, dürfte die Luftzufuhr aus Osten zunächst anhalten. Das sübliche flache Tief wird sich allmählich nordwärts ausbreiten.

Wetterausichten für Berlin: heiter und am Tage wieder wärmer, schwache nordöstliche bis östliche Winde. — Für Deutschland: Im Norden und Osten heiter, tagsüber wärmer, im Westen wolkig, im Süden Gemütmischung und etwas kühler.

Sie mich sicherheit gearbeitet! In der östlichen Lage, Tausenden von Arbeitern Beschäftigung zu geben, bekümmen sich die Arbeiter-Zigaretten-Werke. In den Werken in Berlin in Schöne und in Kuchel bei Döbberitz werden Tag für Tag Millionen Zigaretten in der Haupterzeugung von 10 Pf., eine wie die andere gleich schmeckt, gleich gut und gleich schön, hergestellt. Die richtige Einbindung zur Wirtschaftslage brachte dem Unternehmen einen einzig beherrschenden Erfolg. In Schöne und Berlin haben sich die Arbeiter an die „Zigaretten“, diese perlaartigen reinen Ueberzeugungspartien für 10 Pf., gewöhnt. Die städtische Polizei hat den Arbeitsmarkt aber ist, daß etwa 3000 bisher Arbeitslose bei Kroneck Brot gefunden haben und 5 Proz. über Tarif bezahlt werden.

Erfolgreich behauptet.

Tarifabschluss für die Süß-, Back- und Teigwarenindustrie.

Die im Deutschen Arbeitgeber-Verband der Schokoladen- und Süßwaren-Industrie zusammengeschlossenen Unternehmer hatten seit Beginn des Jahres nichts unversucht gelassen, um den Lohn nach ihren Willen mindestens um 10 Proz. zu senken und im Tarif alle sozialen Bestimmungen ganz gehörig abzubauen. Durch einen Schiedspruch gelang es ihnen, den Lohn um 5 Prozent zu senken. Dieser Schiedspruch sah die Empfehlung für beide Parteien vor, Lohn- und Manteltarif, deren Gültigkeit nur noch bis zum 30. Juni reichte, bis Jahreschluss in Geltung zu lassen. Die Unternehmer haben darauf den Schiedspruch, nicht aber die Empfehlung des Schlichters angenommen.

In einer Verhandlung über diese Empfehlung stellten die Unternehmer so enorme Verschlechterungsanträge für den Abschluss eines neuen Tarifes, daß fast alle sozialen Bestimmungen und die durch den bisherigen Tarif geschützten besonderen Bestimmungen verloren gegangen wären. Bezüglich des Lohnes verlangten sie eine andere Stafflung, die sich dahin auswirken mußte, daß neben einer allgemeinen weiteren Senkung der Lohnsätze die Arbeiterinnen bis zu 30 Prozent ihres bisherigen Tariflohnes verlustig gegangen wären!

Die Unternehmer hatten aber ihre Rechnung ohne die Gewerkschaft gemacht. Diese Verhandlungen, die am 19. und 20. Mai in Eisenach stattfanden, hatten sich zerschlagen, ohne daß eine Aussicht auf eine Möglichkeit eines neuen Tarifabschlusses geblieben wäre. Der „Vorwärts“ hat seinerzeit darüber berichtet und daran die Bemerkung geknüpft, daß sich die Unternehmer zu einem anderen Standpunkt werden bequemen müssen. Es fanden nun in Berlin neue Verhandlungen statt. Noch ungemein schwierigen Auseinandersetzungen kam es schließlich zu einem neuen Tarifabschluss. Leider war es nicht möglich, alle bisherigen Positionen im Tarif zu halten. Die nach dem jetzigen Tarif zu zahlenden drei Feiertage mußten geopfert werden. Das ist aber auch der einzige Erfolg, den die Unternehmer in diesem harten Ringen

für sich buchen können. Alle Anträge zur Verschlechterung des Tarifes, vor allem die Einführung der jugendlichen Lohn- und Altersstaffel, wurden von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes mit einer Zähigkeit verfochten, als hänge davon das Sein oder Nichtsein der Betriebe ab. Nahe am Ende des zweiten Verhandlungstages erklärten die Unternehmer, daß bei dem Verhalten der Arbeiter ihren Forderungen gegenüber keine Möglichkeit bestehe, zu einem neuen Tarif zu kommen und somit die Verhandlungen wiederum als gescheitert betrachtet werden müßten. Nach dieser Erklärung zogen die Arbeitervertreter die Zusage, die drei Feiertage zu streichen, zurück und gingen nochmals auf die Gründe ein. Die allgemein eingehende Aussprache hatte zur Folge, daß die Verhandlungen weiter fortgesetzt wurden, und als Endergebnis wurde dann beiderseits unterzeichnetlich erkannt:

Der Reichs-Mantelvertrag bleibt im ganzen erhalten und läuft auf ein Jahr weiter, mit der Abänderung, daß der § 4 über Feiertagsbezahlung gestrichen wird.

Die durch Schiedspruch vom 27. März 1931 festgesetzten Löhne gelten mit der im Tarifvertrag § 22 Ziffer 3 vorgesehenen Kündigungsfrist bis auf weiteres weiter.

Damit hat der Nahrungs- und Getränkearbeiterverband die Positionen erfolgreich behauptet.

Eine Bemerkung ist noch notwendig. Die kommunistische RGD, kündigt in Wort und Schrift an, daß die Gewerkschaftsvertreter bereit seien, in den Verhandlungen mit den Unternehmern einer Kürzung der Löhne der Arbeiterinnen bis zu 6 Mark und der Arbeiter bis zu 15 Mark zuzustimmen. Offenbar haben die Leute der RGD, die nach dem Rußer der Gelben einen Werttarif für die Zeitungsausträger der Berliner kommunistischen Presse abschließen mit einem Lohnabbau von 33 1/2 Prozent, von sich auf andere geschoben. Gewerkschaftsvertreter haben mehr Rückgrat als die kommunistischen Funktionäre vor ihren Bonzen zu haben pflegen.

Besprechung über 40-Stunden-Woche. Gewerkschaften gegen weitere Lohnsenkung.

Am Montag fand im Reichsarbeitsministerium die angekündigte Besprechung zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die auf Grund der Ermächtigung der Reichsregierung zur Arbeitszeitverkürzung zu erlassende Durchführungsverordnung statt. Der Entwurf sieht eine Kürzung des Gehaltes oder Lohnes im vollen Umfange der Arbeitszeitverkürzung vor. Bei einer Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden könnten also die durch Lohnabbau und Krisensteuer bereits geschmäleren Einkommen noch einmal um ein Sechstel gekürzt werden. Dagegen ist in dem Entwurf für die Durchführungsverordnung eine Verpflichtung der Unternehmer zu Neueinstellungen entsprechend der Arbeitszeitverkürzung nicht vorgesehen.

Über die Lohnsenkung kam es zu einer sehr lebhaften Aussprache. Die Gewerkschaften vertraten die Meinung, daß den Arbeitern nicht neben den bereits auferlegten Befristungen noch eine weitere Senkung des Einkommens um ein Sechstel zugemutet werden könne. Von den Vertretern der Angestellten wurde eine solche erneute Schmälerung der Gehälter vor allem für die Angestellten als völlig untragbar bezeichnet. Sehr lebhaft kam die Befürchtung zum Ausdruck, daß ohne Einstellungsverpflichtung die Arbeitszeitverkürzung ihren Zweck verfehle und nicht zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit, sondern lediglich zu einer Senkung der Löhne und Gehälter führe.

Das Reichsarbeitsministerium gab zu, daß die Kürzung des Einkommens vielfachen Bedenken begegne. Es wurde in Aussicht gestellt, daß vor der Herabsetzung der Arbeitszeit auch die Einkommen geprüft und, falls eine weitere Kürzung nicht mehr als tragbar erscheine, von der Arbeitszeitverkürzung ganz Abstand genommen werden solle.

Nach den grundsätzlichen Auseinandersetzungen beschäftigte sich die Besprechung mit den technischen Einzelheiten der Durchführungsverordnung. Vor der Herabsetzung der Arbeitszeit in den einzelnen Gewerben sollen noch Besprechungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern dieser Gewerbe stattfinden.

die Notverordnung und zwingt die Gewerkschaften, gleichfalls den Kampf gegen die Notverordnung aufzunehmen! Auch in der Redaktion des Volksblattes sollte man schließlich wissen — wenn man schon nichts weiß von der Gewerkschaftsbewegung —, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen die Notverordnung schon geführt haben, noch ehe diese verhängt worden ist und daß alle Gewerkschaften, besonders aber die freien Gewerkschaften, vom ersten Augenblick an keinen Zweifel darüber haben aufkommen lassen, daß diese Notverordnung von Grund auf geändert werden muß. Nicht zum geringsten Teile aus den Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften hat die Reichsregierung die Erkenntnis gewonnen, daß die Notverordnung einer gründlichen Revision unterzogen werden muß. Die Reichsregierung hat dementsprechend bestimmte Versprechungen gemacht.

Das war vor dem Vorschlag Hoopers. Es versteht sich wohl von selbst, daß die neue Situation, die durch den Vorschlag Hoopers geschaffen ist, die Stellung der Gewerkschaften außerordentlich verstärkt. Denn nun fällt — vorausgesetzt der Vorschlag Hoopers wird verwirklicht, was wohl kaum mehr zu bezweifeln ist — der unmittelbare Anstoß zu den Standstillen, antisozialen Maßnahmen, die die Notverordnung enthält. Daß die Gewerkschaften sich jetzt erst recht mit dem ganzen Gewicht ihrer Machtposition für die Bekämpfung dieser antisozialen Maßnahmen einsetzen werden, braucht nicht erst betont zu werden. Die lächerliche Reklame des „Berliner Tageblattes“ für die jämmerliche RGD, ändert daran gar nichts.

Arbeiterregierung für Arbeitslose. 500-Millionen-Anleihe angenommen.

London, 23. Juni. In der gestrigen Unterhausung wurde der konservative Antrag, den von der Regierung befürworteten neuen Vorschlag für den Arbeitslosenversicherungsfonds um 15 Millionen Pfund Sterling zu kürzen, mit 283 gegen 236 Stimmen abgelehnt.

Die Entschlebung der Regierung, die die Aufnahme einer 25-Millionen-Pfund-Sterling-Anleihe zugunsten der Arbeitslosenversicherung enthält, wurde darauf angenommen.

Soziale Kämpfe im Buchdruckgewerbe. Die graphischen Hilfsarbeiter zu ihrer Lage.

Stuttgart, 23. Juni. (Eigenbericht.) Einen Einblick in die Wertstatt einer seit Jahrzehnten bestehenden Tarifgemeinschaft erhielt man auf dem Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter aus dem Referat des zweiten Verbandsvorsitzenden Ernst Hornke über Tarif- und Lohnbewegungen.

Wenn oft gesagt wird, daß der Fragentempel, der sich um die Lohn- und Arbeitstabelle bildet, sich zu einer Wissenschaft auswächst, so konnte man dies durch das Referat Hornkes bestätigt finden. Der „Klassenkampf am grünen Tisch“ wird von den Arbeitern viel zu wenig beachtet.

Die Hilfsarbeiter des graphischen Gewerbes verfügen über eine gute Organisation, sowohl im Verhältnis zu den Inorganisierten, wie auch in der finanziellen Stärke und Schlagkraft des Verbandes. Dies wirkt sich in verhältnismäßig günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen aus. Die Berufsorganisation der graphischen Hilfsarbeiter hat sich durch die spezielle Interessenvertretung ihrer Mitglieder sehr gut bewährt.

In Hornkes Bericht spiegelt sich eine schwere und systematische Organisationsarbeit wider. Der Lohnaufbau konnte von Jahr zu Jahr seit der Stabilisierung erkämpft werden. Die Erfolge waren verhältnismäßig gut. Den Lohnabschaustrahlungen, die 1930 einsetzten, wurde starker Widerstand entgegengeleitet. Nicht ganz konnte dieser verhindert, jedoch wesentlich vermindert werden. Hornke mahnte den Verbandstag, nicht durch unüberlegte Beschlüsse die Schlagkraft des Verbandes zu gefährden. Der Verbandstag nahm den dreistündigen Bericht des

leiters der Organisation mit lebhaftem Beifall entgegen. Die Aussprache war angesichts der Wichtigkeit des Verhandlungsgegenstandes äußerst lebhaft. Gegenüber zwischen der Verbandsleitung und den Kollegen aus den Betrieben traten jedoch nirgends in Erscheinung. Die Maßnahmen des Vorstandes und die eingehende Taktik wurden gutgeheißen. Der Vorsitzende des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, Herbst, gab im Rahmen der Aussprache Aufklärung über die Verhältnisse im Stein-druckgewerbe.

„Reichsbund Deutscher Polizeibeamten“ Eine freigewerkschaftliche Reichsorganisation.

Dienstag traten in Berlin Delegierte aller freigewerkschaftlichen Polizeibeamtenverbände des Reiches und der Stadt Danzig zusammen, um zu der Gründung einer einheitlichen freigewerkschaftlichen Reichsorganisation sämtlicher deutschen Polizeibeamten Stellung zu nehmen.

Den Anlaß zu dieser Tagung gaben die Vorgänge im Hauptvorstand des Allgemeinen Preussischen Polizeibeamtenverbandes. Von dem früheren Vorsitzenden und einigen seiner Anhänger im Verbandsvorstand und Ausschuss wurde unter Verletzung der Verbandsordnung der Anschluß an den Preussischen Polizeibeamtenverband (Schrader-Verband) beschlossen. Wie gestern von einer Reihe von Delegierten ausgeführt wurde, sei diese ganze Verschmelzung nicht aus ideellen Motiven erfolgt, sondern es habe sich dabei in erster Linie mehr um persönliche und materielle Interessen einiger Vorstandsmitglieder des bisherigen Allgemeinen Preussischen Polizeibeamtenverbandes gehandelt. Uebereinstimmend wurde aus allen Orten und Ecken des Reiches berichtet, daß überall die freigewerkschaftlich organisierte Polizeibeamtenschaft unter schärfstem Protest gegen das Verwirrungsmanöver sich einmütig für die freigewerkschaftliche Polizeibeamtenbewegung ausgesprochen hat. Die angebliche Verschmelzung mit dem Schrader-Verband besteht also nur darin, daß sich der bisherige Verbandsvorsitzende und einige andere Vorstandsmitglieder dem Schrader-Verband angeschlossen haben. Die Reichstagung verurteilte auf das schärfste das Verwirrungsmanöver und löste schließlich den von allen freigewerkschaftlich organisierten Polizeibeamten des Reiches schon lange ersehnten Beschluß, eine freigewerkschaftliche Reichsorganisation der Polizeibeamten zu gründen.

In der Nachmittagsung konstituierte sich der Gründungsvorstand dieser Reichsorganisation, die den Namen „Reichsbund Deutscher Polizeibeamten“ führt und dem ADB angeschlossen ist. Der Reichsbund wird in Landes-, Bezirks- und Ortsgruppen unterteilt und übernimmt gegenüber seinen Mitgliedern die gleichen Pflichten wie bisher der Allgemeine Preussische Polizeibeamtenverband. Der konstituierende Verbandstag legte nach eingehenden Beratungen die Satzungen der neuen Reichsorganisation fest und beschloß die Herausgabe eines Aufrufes an alle deutschen Polizeibeamten, der zum Eintritt in den Reichsbund Deutscher Polizeibeamten auffordert. Zum 1. Vorsitzenden dieser Reichsorganisation wurde einstimmig Genosse Klemm-Jena gewählt, ein während der Nazi-Zera in Thüringen wegen seiner politisch und gewerkschaftlich konsequenten Haltung von Fried in den Wartestand verlegter Polizeier.

Abtag. 200. Kreisabend Freitag, 16 Uhr, Rotes Schloß, Professionsraumung, Referat Genosse Schulz. Thema: Notverordnung und Verleumdung.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Mittw. 19.30 Uhr, tags die Gruppen: Baumhulsenweg: Jugendheim Baumhulsenweg, Ernststr. 18. Spielabend in der Königshöhe. — Weihen: Jugendheim der Schule Rahaminstraße 81. „Doppa — mit Leben!“ — Fortschritt: Jugendheim Penzler Str. 62 (Berade 3). Freitag: Wäpplerstraße Sport und Arbeiterport. Referent: H. Richter. — Reichsbund: Jugendheim Lindauer Straße 2 (Berade). Vortrag: „Jugend und Gewerkschaft“. Referent: Weiskopf. — Ostkreuz: Jugendheim der Schule Schillerstr. 61. Vortrag: „Mensch und Maschine“. Referent: Kerner. — Oberkreuz: Schule in Niederschönhausen, Berlin Str. 31. Ausgang Arbeiterverträge. Ausprobieren. — Köpenick: Jugendheim Dohlewitz Str. 15 (Pausenzeit am Bahnhof Köpenick). Spielabend. — Neukölln: Jugendheim Bühlische Str. 1-4. Ede Ranner Straße. Vortrag: „Die Jugend zu meiner Zeit“. Referent: Dr. Schütte. — Götze: Jugendheim Wronkestr. 188. Unter Abend. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Sofgebäude, Sofdin-Altmer). Vortrag: „Situation der Gegenwart“. Referent: Gadow. — Charlottenburg: Jugendheim Spittelhofstr. 4. Unter Abend. — Spandau: Jugendheim Lindenauer 1. Pellerer Abend. Leiterin: Goll. — Potsdam-Kommune: Jugendherberge Komowes, Prieserstraße. Spiele und Sport. — Spezialkategorie: Übungabend 20 Uhr in der nächsten Turnhalle Ringenstraße. — Spiel im Freien ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Friedrichshagen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deuts. Mittw. folgende Veranstaltungen: Gellertstrasse: Jugendheim Gellertstr. 1. „Kampf der Jugend“. — Schöneberg: Vortrag: Jugendheim der Schule Rahaminstraße 81. „Doppa — mit Leben!“ — Fortschritt: Jugendheim Penzler Str. 62 (Berade 3). Freitag: Wäpplerstraße Sport und Arbeiterport. Referent: H. Richter. — Reichsbund: Jugendheim Lindauer Straße 2 (Berade). Vortrag: „Jugend und Gewerkschaft“. Referent: Weiskopf. — Ostkreuz: Jugendheim der Schule Schillerstr. 61. Vortrag: „Mensch und Maschine“. Referent: Kerner. — Oberkreuz: Schule in Niederschönhausen, Berlin Str. 31. Ausgang Arbeiterverträge. Ausprobieren. — Köpenick: Jugendheim Dohlewitz Str. 15 (Pausenzeit am Bahnhof Köpenick). Spielabend. — Neukölln: Jugendheim Bühlische Str. 1-4. Ede Ranner Straße. Vortrag: „Die Jugend zu meiner Zeit“. Referent: Dr. Schütte. — Götze: Jugendheim Wronkestr. 188. Unter Abend. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Sofgebäude, Sofdin-Altmer). Vortrag: „Situation der Gegenwart“. Referent: Gadow. — Charlottenburg: Jugendheim Spittelhofstr. 4. Unter Abend. — Spandau: Jugendheim Lindenauer 1. Pellerer Abend. Leiterin: Goll. — Potsdam-Kommune: Jugendherberge Komowes, Prieserstraße. Spiele und Sport. — Spezialkategorie: Übungabend 20 Uhr in der nächsten Turnhalle Ringenstraße. — Spiel im Freien ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Friedrichshagen.

Aus der Partei. Unsere Toten.

Der Parteioberlag in Bielefeld ist von zwei herben Verlusten betroffen worden. Am Sonnabend, dem 20. Juni 1931, nachmittags 5 Uhr, verschied der Genosse Albin Schädlich, der 23 Jahre als Redakteur am Bielefelder Parteiblatt tätig war. Ihm folgte am Sonntag, dem 21. Juni 1931, morgens 2 Uhr, der Genosse Albert Siggelkow, der 37 Jahre in der Bielefelder Volkswacht, davon 20 Jahre als Geschäftsführer, wirkte.

Auf der Insel Reichenau bei Konstanz ist ein Veteran der Partei gestorben: der Tischlermeister Hermann Grieser, der ein Alter von 79 Jahren erreichte. Er hatte sich besonders während des Sozialistengesetzes um die junge Bewegung verdient gemacht, indem er der „rauen Feldpost“ aufs Gewissenhafteste dabei half, die verbotenen Schriften, vor allem die „Wochenchrift „Der Sozialdemokrat“, sicher aus der Schweiz nach Deutschland und dann weiter ins Land zu befördern. Zahlreiche Hausdurchsuchungen mußte er über sich ergehen lassen, mehrfach wurde er auch in Untersuchungshaft genommen, aber man konnte ihm doch nichts nachweisen. Im vorigen Jahre nahm Grieser an der Seite von Eduard Bernstein noch Teil an der großen Demonstration in Konstanz, als die Mitglieder der Internationalen von der fünfzigjährigen auf Schloß Wyden zurückkehrten.



Die Deutsche Luft Hansa A.-G.

Zum Geschäftsbericht für 1930. — Wohlbefommener Subventionschnitt.

Die Deutsche Luft Hansa A.-G. war jahrelang ein Sorgenkind der Luftfahrtpolitik und des Reichshaushalts. Seit 1929 hat man der Luft Hansa die Subventionen beschnitten und merkwürdig, es geht ihr seitdem besser, und die Öffentlichkeit ist mit ihr mehr zufrieden. Die Lockspitze der hohen Subventionen, die einstmals das Privatkapital unter der Führung des wirtschaftsparteilichen Reichstagsabgeordneten und Junkers-Direktors Sachsenberg zu einer scharfen Privatisierungstempagne gegen die Luft Hansa geführt hat, ist seit der Kürzung auch nicht mehr ganz so reichlich, und auch von dieser Seite hatte die Luft Hansa A.-G. erfreulicherweise etwas mehr Ruhe. Der Geschäftsbericht für 1930 zeigt an vielen Stellen des ziemlich ausführlichen Zahlenwerkes, die von der Luft Hansa-Direktion gegebenen weitreichenden Aufklärungen beweisen es an anderen Stellen, wie sehr die Kürzung der Subventionen bei einer entschlossenen und vorsichtigen Geschäftsleitung die Wirtschaftlichkeit zu heben und sogar den Aufschwung im Luftverkehr zu steigern vermag — unermessliche Krisenwirkungen sind natürlich zu berücksichtigen.

Gegen 1929 sind die Gesamteinnahmen zurückgegangen von 22,45 auf 17,84 Millionen Mark.

Vom Reich wurden nur 13,3 Millionen oder um 19,8 Proz. weniger, von den Ländern und Städten nur 4,5 Millionen oder 24,9 Proz. weniger Beihilfen geleistet. Obwohl die Wirtschaftslage auch bei der Luft Hansa den Verkehr hemmen mußte, sind denn doch die Eigeneinnahmen von 9,46 auf 10,86 Millionen Mark gestiegen, wobei die unmittelbar von der Wirtschaftslage abhängenden Flugertarife noch von 6,67 auf 6,61 Millionen zurückgegangen sind. Der Gesamtaufwand ist von 31,90 auf 28,60 Millionen Mark gesunken. Im einzelnen betragen:

	Eigeneinnahmen	Aufwand (Million. Mark)
	1929	1930
Flugertarife	6,67	6,61
Sonstige Erlöse	1,60	2,02
Mat. Verf. u. Chart. Vertr.	1,19	2,22
Betriebskosten	23,33	21,85
Handlungsumk.	2,02	1,62
Abschreibungen	6,53	5,22

Der Anteil der Beihilfen an den Gesamteinnahmen (Eigeneinnahmen plus Subventionen) ist von 70,35 auf 62,16 Proz. gesunken worden, pro geflogener Kilometer von 2,40 auf 1,87 Mark. Die Betriebskosten pro Kilometer sind von 2,40 auf 2,29 Mark, die Handlungsumkosten von 23 auf 17 Pf. verringert worden, obwohl die Abschreibungen je Kilometer nur von 70 auf 55 Pf. sanken. Der Anteil der Eigeneinnahmen je Kilometer konnte von 1,01 auf 1,14 M. oder um rund 14 Proz. erhöht werden. Gleichzeitig stiegen die Flugleistung und die Leistungsbereitschaft nicht unerheblich.

Die Erwerbsflüge lagen 1930 um 1,9 Proz. höher als 1929. Die angebotenen Beförderungsmöglichkeiten in Luftschiffen lagen aber um etwa 20 Proz. höher, da man die Großflugzeuge um 12,5 und die mittleren Flugzeuge um 4,9 Proz. vermehrte, die kleinen Maschinen aber um 9,4 Proz. verringerte. Dabei wurde, das war allerdings die bedauerliche Folge der Subventionskürzung, das Personal von insgesamt 2157 auf 1871 Personen verringert (gewerbliches von 1177 auf 988, fliegendes von 252 auf 248, Angestellte von 718 auf 629, oberste Leitung von 10 auf 6). Es wurden 15 Flugzeuge und 30 Motoren neu in Dienst gestellt und 31 Flugzeuge und 126 Motoren ausgeschieden und zum großen Teil verschrottet.

Die Verkehrsleistungen — Europa und Atlantik.

Im Europa-Dienst wurde der Rückgang des gemittelten Personen- und Frachtverkehrs von 8,23 auf 7,82 Millionen Kilometer durch die Steigerung des Post- und Frachtsonderverkehrs von 0,75 auf 1,24 Millionen Kilometer ertrags-

mäßig mehr als ausgeglichen. Die Zahl der Fluggäste ging von 87 019 auf 76 894, die der Fluggastkilometer nur von 21,49 auf 20,58 Millionen zurück. Zeitungstransport (0,38 statt 0,29 Millionen Kilometer) und Betriebsflüge (0,54 statt 0,43 Millionen Kilometer) eingerechnet ergibt sich eine Gesamtflugleistung im Europadienst von 9,99 gegen 9,71 Millionen Kilometer im Vorjahr.

Die Zahl der Nachtflüge stieg um 72 Proz. von 1172 auf 2014, von insgesamt 61 799 Flügen.

Der Fluganteil der Groß- und Mittelstflugzeuge erhöhte sich von 60,3 auf 64,3 Proz., die Zahl der angedockten Inlandhäfen ging von 64 auf 51 zurück, die Zahl der angedockten Auslandsflughäfen stieg von 19 auf 27. Die Streckenzahl im Europadienst wurde von 72 auf 65 verringert, gleichzeitig wurde die Regllänge von 32 313 auf 34 741 Kilometer vergrößert. Die unrentablen Streckenlängen unter 300 Kilometer wurden von 47,1 auf 40,0 Proz., die rentablen über 300 Kilometer von 52,9 auf 60,0 Proz. vermehrt. Im europäischen Ausland konnten 526 Kilometer neu mit Nachtbefliegung besetzt werden, im Inland vermehrte sich das Nachtbefliegungsnetz von 981 auf 1396 Kilometer.

Im außereuropäischen Dienst — Süd- und Nordatlantik — stieg die Kilometerleistung von 654 709 auf 951 525, die Zahl der angedockten Häfen von 27 auf 34. Die neuen Katakultursflüge wurden 8 auf 24, die 48 Stunden Zeltgewinn bringenden Postzubringerflüge von 6 auf 32 erhöht.

Neu waren 1930 insbesondere die noch nach Rom zu verläufernde Alpenstrecke München — Mailand und der Postdienst nach Konstantinopel.

Was zu jagen bleibt.

Fast auf sämtlichen Gebieten scheint nach der vorgenommenen Beihilfenkürzung durch die folgenden Umstellungen eine Steigerung der Leistung und der Wirtschaftlichkeit zugleich angestrebt und vielfach auch erreicht worden zu sein. Am deutlichsten kommt das in der schon genannten Tatsache zum Ausdruck, daß gegen das Vorjahr nicht mehr rund 70, sondern nur noch rund 62 Proz. sämtlicher Kosten durch Beihilfen gedeckt werden mußten. Diese Ziffer ist immer noch enorm; aber die Luft Hansa hat 1930 den Beweis erbracht, daß tatsächlich bei wesentlich verbesserter Leistung wesentlich billiger gewirtschaftet werden kann. Es hat sich auch gezeigt, daß höchstens dazu mehr kaufmännische und technische Bewegungsfreiheit, nicht aber eine Privatisierung notwendig ist, wie es von den Privatisierungsfreunden immer behauptet wurde. Das wird sich die politische Öffentlichkeit Deutschlands für die zukünftige Luftfahrtspolitik merken müssen.

Wir sind auch der Überzeugung, daß die Wirtschaftlichkeit noch weiter gesteigert werden kann. Die Freiflüge, die einen erschreckend hohen Anteil an der Gesamtleistung haben, und die früher als Werbeflüge vielleicht sinnvoll gemeint sind, können gewaltig eingeschränkt werden. Ihr Anteil an den Gesamtkosten sollte zukünftig gesondert ausgewiesen werden. Ebenso kann wahrscheinlich auch gegenüber der Flugzeugindustrie ohne Leistungseinschränkung noch gespart werden; die Aufträge für die Flugzeugindustrie waren 1930 mit 8,60 Millionen Mark fast verdreifacht.

Für die arbeitenden Massen Deutschlands ist einmal fliegen können ein immer noch unerfüllter und nicht erfüllbarer Traum, weil das fliegen zu teuer ist. Dieser Traum kann und muß der Erfüllung näher gebracht werden. Auch zu diesem Zweck muß die innere Wirtschaftlichkeit der Deutschen Luft Hansa A.-G. weiter erhöht werden.

Das amerikanische Interesse.

Amerika hat 6 Milliarden Mark in Deutschland angelegt und rund 50 Milliarden in Europa.

Die unmittelbare Folge des Hoover'schen Vorschlags, die Schuldentilgungen an Amerika und die deutschen Reparationsleistungen um ein Jahr zu unterbrechen, war eine beispiellose Aufwärtsbewegung an sämtlichen Weltbörsen. Deutsche Werte stiegen überall sehr stark; ein Zeichen, daß die ausländischen Kapitalisten wieder an die Gesundungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft glaubt.

Wäre nach den amerikanischen Befürchtungen die deutsche Währung erschüttert worden, so wäre Amerika von allen ausländischen Gläubigern der Hauptleidtragende gewesen. Die Amerikaner haben in den sieben Jahren von 1924 bis 1930 in Deutschland nicht weniger als 6 Milliarden Mark angelegt und zwar für 5,11 Milliarden langfristige Anleihen und für 90,7 Millionen Mark Beteiligungen und Betriebsgründungen. Von den Anleihen mag inzwischen ein kleiner Teil wieder zurückgezahlt worden sein; dafür sind jedoch in den nachfolgenden angeführten Zahlen die Milliarden kurzfristiger Ausleihungen der Amerikaner an die deutsche Wirtschaft nicht miteinbezogen.

Deutsche Auslandsanleihen		
	insgesamt	davon aus Amerika
1924	42	42 Mill. M.
1925	1 320	952
1926	1 770	1 259
1927	1 659	1 158
1928	1 573	1 086
1929	374	207
1930	1 403	398
1924—1930	8 141	5 111 Mill. M.

Außer den langfristigen Darlehen haben die Amerikaner außerhalb der Grenzen ihres Landes etwa 7,5 Milliarden Dollar in Form von Tochtergesellschaften, industriellen Unternehmungen, Betriebsorganisationen usw. angelegt. Von dieser Summe entfallen nach einer amerikanischen Schätzung etwa 217 Millionen Dollar, also über 900 Millionen Mark, auf Deutschland. Die Amerikaner würden somit, wenn sie die Dinge sich weiter hätten entwickeln lassen, gegebenenfalls mehr als 6 Milliarden Mark im Feuer gehabt haben. Sie hätten wahrscheinlich noch mehr riskiert, denn ein Zusammenbruch der Wirtschaft und der Währung in Deutschland mußte eine allgemeine europäische Wirtschaftskatastrophe nach sich ziehen.

Die Gesamtsumme, die Amerika an Europa borgte, besteht aus 4,5 Milliarden Dollar in Form langfristiger Anleihen, in 6 Milliarden Dollar in Form von Staats- und Kriegsanleihen und

Das amerikanische Interesse.

Exporthandel in Nöten.

Zum Zusammenbruch des größten Hamburger Exporthauses.

Die Lage des deutschen Exporthandels hat sich seit einiger Zeit stark verschlechtert. Hauptgrund dafür ist natürlich die Weltwirtschaftskrise, die den Exporthandel direkt mit aller Schärfe trifft. Der Zusammenbruch der Rohstoffpreise hat die Kaufkraft aller Ueberseeländer vermindert; für das große Gebiet Ostasiens kam in besonderen der Sturz des Silberpreises, des Zahlungsmittels dieser Länder, erschwerend dazu. Aber das ist es nicht allein, was den Handel nach Uebersee in Schwierigkeiten bringt: die deutsche Industrie geht mehr und mehr, gerade unter dem Druck der Krise, dazu über, im Export den Handel auszusuchen und das Ausland durch eigene Filialen zu beliefern. So ist man in der Maschinenindustrie damit beschäftigt, durch „Gemeinschaftsarbeiten“, durch gemeinsamen Verkauf von Erzeugnissen konkurrierender Gesellschaften das Ausfuhrgeschäft zu beleben.

Bei dem Zusammenbruch der größten Hamburger Exportfirma, Schlubach, Thieme u. Co., ist noch ein drittes von maßgeblicher Bedeutung gewesen: das war der Ehrgeiz, den Machtbereich des Unternehmens über die Handelsregion hinaus auszuweiden und auf die Produktion, wenigstens in Uebersee, Einfluss zu gewinnen. So waren zwei deutsche und fünf ausländische Unternehmen direkt, eine ganze Reihe weiterer indirekt von Schlubach, Thieme u. Co. abhängig. Die Interessen dieser Firma lagen fast ausschließlich in Mittel- und Südamerika. Als nun die Rohstoffpreise zusammenbrachen, wurde Schlubach, Thieme u. Co. davon doppelt betroffen: ihre Schuldner wurden vielfach zahlungsunfähig, und die Produkte der Tochtergesellschaften waren nur mit großen Verlusten abzusetzen.

Zur Einleitung des Vergleichsverfahrens ist jetzt von der Deutschen Waren-Treuhand-A.-G., Hamburg, ein Status ausgestellt worden, der bestätigt, daß der Zusammenbruch dieser Firma durch den übergroßen Konzernausbau verursacht wurde. Auf die Forderungen aus Beteiligungen wurden Abschreibungen in Höhe von 95 Proz. vorgenommen werden; von 1,07 Millionen Mark hofft man vielleicht 50 000 Mark hereinzubekommen. Auf Guthaben bei Tochterfirmen wurden 75 bis 95 Proz. abgeschrieben, auf Exportwaren, die in Südamerika lagern, 75 Proz. So ermäßigen sich also die Aktiven, die mit 11,6 Millionen Mark zu Buch standen, auf 4,5 Millionen Mark. Denen stehen Schulden in Höhe von 11,1 Millionen Mark gegenüber (nach Abrechnung von gedeckten 2 Millionen Mark). Die Hauptforderung gegen Schlubach, Thieme u. Co. steht dem

Londoner Bankhaus J. Henry Schröder zu; auch sonst sind aus-
ländische Banken stark beteiligt. Verwandte der Geschäftsinhaber haben 1,2 Millionen Mark zu fordern. Bei ruhiger Abwicklung dürfen die Gläubiger also damit rechnen, mit 60 Proz. Verlust davonzukommen.

Kreuger und J. P. Morgan.

Der erste Kontakt der beiden Weltfinanzgruppen.

Die Interessengemeinschaft Ericsson-International Telephone and Telegraph Corporation, über die wir berichteten, ist, wie sich jetzt herausstellt, tatsächlich außerordentlich eng. J. P. Morgan, der Beherrscher des Jüdischen Trustes, des Kreuger- und Toll-Konzerns und ebenso der Ericsson-Gesellschaft, wird in den Verwaltungsrat der I.T.T. eintraten, ebenso Frederick W. Allen, der Chef des amerikanischen Bankhauses Lee, Higginson u. Co., das stets mit den Kreuger-Gesellschaften eng zusammengearbeitet hat. Andererseits wird die I.T.T. zwei ihrer führenden Männer, u. a. ihren Präsidenten S. Behn, in den Aufsichtsrat der Ericsson-Gesellschaft entsenden.

Dieser Aufsichtsratsaustausch ist nicht nur für die enge Zusammenarbeit der beiden Schwachstrom- und Nachrichten-Konzerne von Bedeutung; man kann hierin den ersten unmittelbaren Kontakt zwischen den beiden Weltfinanzgruppen Kreuger und J. P. Morgan sehen. Hinter dem I.T.T.-Konzern stehen nämlich als Hauptfinanzkräfte von ihrer Gründung an die National City Bank und J. P. Morgan. Kreuger und Morgan haben beide fast ausschließlich solche Anleihen ausgegeben, bei denen Regierungen Schuldner sind. Sollte die Herstellung einer engen Verbindung zwischen der Kreuger-Ericsson-Gruppe und dem I.T.T.-Konzern zu einer engeren und dauernden Verbindung des Hauses J. P. Morgan mit J. P. Kreuger führen, so wäre das finanzpolitisch ein Ereignis von ganz außerordentlicher Tragweite.

Im übrigen nimmt die Isolierung des Siemens-Konzerns, die durch das Eindringen der I.T.T.-Gruppe in die deutsche Schwachstromtechnische Fabrikation eingeleitet wurde, durch die Ericsson-Transaktion ihren Fortgang. Zweifellos scheint die Entwicklung zur Bildung einer umfassenden internationalen Gruppe zu führen, deren Ziel es ist, eine unangefochtene Monopolstellung sowohl auf dem Gebiet des gesamten elektrischen Nachrichtenwesens als auch der Fabrikation, die zur Ausrüstung der Nachrichtenorganisationen notwendig ist, zu erlangen.

In dieser Situation fällt dem Siemens-Konzern, der in Deutschland in der Belieferung der Reichspost eine monopolähnliche Position einnimmt, auf den übrigen Märkten die Rolle des mächtigsten Kämpfers und Monopolbekämpfers zu. Es bleibt abzuwarten, ob und wie lange der Siemens-Konzern in der Lage und willens ist, gegen die von den einflussreichsten Finanzkräften der Welt unterstützten Nachrichten- und Schwachstrom-Gruppe Widerstand zu leisten.

Glänzendes Akkumulatorengeschäft.

Höhere Gewinne — höhere Dividende.

Die Akkumulatoren-Fabrik A.-G., Berlin, deren Kapital von 20 Millionen Mark sich zu 75 Prozent in Händen des Fabrikanten Günther Quandt befindet, konnte ihre Gewinne im Krisenjahr 1930 gegen früher noch steigern. Obwohl der Umsatz zurückgegangen ist, so daß Arbeiter entlassen werden mußten und Kurzarbeit eingeführt wurde, konnte der Brutto-Ueber-
schuß von 3,2 Millionen auf 3,6 Millionen Mark gesteigert werden. Die Abschreibungen wurden etwas, von 1,3 Millionen auf 1,2 Millionen Mark ermäßigt. Der Reingewinn wird mit 2,5 Millionen Mark ausgewiesen; im Vorjahr betrug er 3,9 Millionen Mark, bei Abrechnung einer aufgelösten Reserve von 1,5 Millionen Mark 2,4 Millionen Mark.

Dieses überraschend günstige Ergebnis wird von der Verwaltung zum Teil auf die vorsichtige Bilanzierung der früheren Jahre zurückgeführt. Wie groß müssen wohl die früher geschaffenen Reserven sein, wenn man sie ausgerechnet im schlimmsten Krisenjahr als Gewinn ausschüttet! Jedenfalls erhalten die glücklichen Aktionäre in diesem Jahre 12 Prozent Dividende, d. h. gerade 50 Prozent mehr als im Vorjahr (8 Prozent); dazu wurden im Vorjahr einmalig 10 Prozent „Bonus“ für Auflösung einer offenen Reserve gegeben. In vielen europäischen Ländern werden die Erzeugnisse des Unternehmens (elektrische Batterien aller Art) von Tochtergesellschaften hergestellt, deren Kapital meistens zu 100 Prozent im Besitz der Akkumulatoren-Fabrik ist — so spart man Steuern und Zölle!

Belchung in der Uhrenindustrie. Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung ist die Beschäftigung der deutschen Uhrenindustrie seit Januar dauernd gestiegen. Seit man den Beschäftigungsdurchschnitt des Jahres 1928 gleich 100, so war die Beschäftigung im Januar 1931 auf 99 zurückgegangen; bis April wurde aber eine Steigerung auf 96 festgestellt. Allerdings war die Beschäftigung im April 1930 mit 72 bedeutend höher. Die Ausfuhr ist für die deutsche Uhrenindustrie von besonderer Wichtigkeit, macht sie doch 50 bis 60 Proz. der Gesamtproduktion aus. In den Monaten Januar bis April wurden Uhren im Gesamtwert von 13,9 Mill. M. ausgeführt, gegenüber einer Ausfuhr von 17 Mill. Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. Unter Berücksichtigung des Preisrückganges hat sich also die Uhrenaufuhr verhältnismäßig gut gehalten.

Kosten und Preise für Kunstseide. Die Preise für Kunstseide sind in zwei Jahren um etwa 50 Proz. gefallen. Das war die Folge der tolen Expansionspolitik der Kunstseideunternehmen, die ihre Anlagen in aller Welt weit über jede Abnahmemöglichkeit hinaus vergrößerten. Die Verlustperiode scheint aber jetzt vorüber zu sein. Wie Generaldirektor Dr. Blüthgen auf der Generalversammlung der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken, Eiberfeld, mitteilte, sind im laufenden Jahre die Preise weiter gesunken; aber es sei gelungen, stärker nach die Kosten zu senken. Da bereits in der vorhergehenden Zeit eine überaus starke Senkung der Kosten erreicht wurde, dürften Preise und Kosten sich jetzt mindestens ausgleichen. Man verhandelt aber über ein internationales Syndikat, um auf Markt und Preise „regulierend einzuwirken“ zu können.

Deutsch-polnisches Aufwertungsabkommen. Nach dem am 17. März 1931 in Kraft getretenen deutsch-polnischen Aufwertungsabkommen vom 5. Juli 1928 haben deutsche Versicherungsnehmer, die bei polnischen Versicherungsunternehmen Lebensversicherungsverträge abgeschlossen haben, das Recht, Auszahlung der Aufwertungsbeiträge in bar vor dem 31. Dezember 1932 zu verlangen. Voraussetzung ist, daß diese Lebensversicherungsbeiträge unter die polnischen Aufwertungsbedingungen fallen. Als deutsche Stelle, welche die eingehenden Anträge an die polnischen Versicherungsunternehmen weiterleitet, hat der Reichswirtschaftsminister das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, Berlin W. 15, Ludowikstraße 3/4, bestimmt. Anträge sind demnach an dieses Amt zu richten. Das Reichsaufsichtsamt ist auch ermächtigt, die Staatsangehörigkeit der Antragsteller für dieses Ver-
fahren verbindlich festzustellen.

C. P. Kiesgen:

Alt-Heidelberg, du feine . . .

Wie der Wind im Vorjahre den Samen aus Millionen Blütenkörnern in das Feld gestreut, so blühen in Parallelen und Diagonalen Kornblumen, Margriten und Rohn.

Eine einzige, blau-weiß-rote Trifolore lagen die Wiesen links und rechts vom la Bassée-Kanal und von Drahtverhau zu Drahtverhau flatterten die blaugrüntariernten Röhre gefallener Schottländer.

Im niedergebrannten Gutshof an der „Quinque-Rue“ zerfachten Sonnenstrahlen wie späte Nadeln trepierten Schweinen und Röhren die brandig aufgeblähten Leiber. Zwischen Stallung und Wohnhaus lagen gelbblasse Inder-Brüder eines Rabindranath Tagore — mit eingeschlagenen Schädeln. Aus ihren toten Leibern sickerte eine blasse, festsiggrüne Flüssigkeit zum Brunnen hin. Die pergamentenen Gesichter aus den Waldbergen des Himalaya und von den Ufern des Ganges rächten noch in der Verwesung ihren Lob mit Beulenpest und Typhus. Sie trafen mit ihren höllischen Giften den Bergmann von Wales so tödlich wie den Bergmann von Pferdreh.

Unmittelbar vor dem Hofe ging ein altes Grabenstück, das wir mit Hüfe einiger Pfähle zu einer Schützengrabentollette eingerichtet hatten.

Der Engländer mußte die dauernde Lauferei an dieser Stelle bemerkt haben und eines Tages schossen Scharfschützen aus Festubert dreizehn typhustranke Kameraden auf dem Wege zur Toilette weg.

Bier Wochen später hatte das Bataillon an dieser Stelle zehnmal dreizehn Tote. Der unverwundete Rest der Kompanie zählte nach zehntägigem Handgemenge noch drei Leute, die verdurstend am Brunnen lagen, darin die schleimig-dicke Typhusuppe lachte.

Kornblumen, Margriten und Rohn blühen von Drahtverhau zu Drahtverhau.

Der Juni wehte honigglühenden Holunder und bitteren Reihengestank in unsere Gräben.

Ameisen bauten ihre Heeresstraßen über zerfetzte Sandsockmauern und eine Kreuzspinne teilte mit ihr die eingebaute Schießscharte. Zwei Meter weit zogen sich ihre Hungerfäden von der Handgranatentaste zur Schießscharte, von der Schießscharte zurück zur Handgranatentaste.

Aus Furcht vorm eigenen Tode mochte ich dem Tier nichts tun und ich erkannte bald, was für ein wertvoller Kamerad die abschauliche Spinne war.

Sie führte unerbittlich Krieg gegen die blutgierigen Mücken, die uns Tag und Nacht Beulen in Gesicht und Hände bisßen. Ebenso unentwegt kämpfte sie gegen die Schwärme von Nasbrunnern, die über Tote und Lebende herfielen und mit ihren Rüsseln, daran sich Pinzette und Saugnapf bewegten, alle Krankheitskeime verschleppten.

Ich sah das sechsunddreißigfache Netz der großen Spinne: ein kolossales Festungswerk! — Warmvorrichtungen an allen Ecken und Drahtverhau über Drahtverhau! — Dazu in der Schießscharte an meiner Seite einen kugelsicheren Unterschlupf!

Ich sah das Grabenloch vor la Bassée, vor mir die Toten, denen die Erde Herzen und Hoden auslaugte, genau wie es die Spinne mit ihren Opfern tat.

Von Norden her zitterte der Behm der Brustwehr von der Opfernstraße und im Süden stand seit Wochen das Gewitter fest bei der Lorettofrau.

Und gegenüber blieb es so unheimlich still, daß wir mit höchster Aufmerksamkeit die feindliche Ruhe bei Tag und Nacht beobachteten.

Die Kreuzspinne lag hinter lehmbestäubten Vorhängen auf Bauer und regte keine ihrer fühlenden Fußgelenke, trotzdem eine staubblaue Bremse mit pfeifendem Flügelwirren das Spannwerk des Netzes zu zerreißen drohte. Die Spinne stürzte vor, verstärkte

schleunigt das gefährdete Netz und ließ den Brummer ruhig zappeln, bis seine Füße und sein Flügelpaar so fest in den Gebrigen Fäden verwickelt saßen, daß die Spinne den tollkühnen Draufgänger gemächlich mit den Zangen saßen und ihm ohne Gefahr das süße Blut aus seinem dicken Leibe saugen konnte.

In wenigen Tagen war das Spinnennetz ein trostloses Leichenfeld. Da hingen rote Marientäfer wie rothohrige Franzosen im Drahtverhau, kleine feldgraue Heuschrecken wie preußische Grenadiere und blaugrüne Fliegen wie Schottländer mit blaugrüntariernten Röhren.

Die Kreuzspinne ist ein geniales Tier! — Genial im Angriff! — Genial in der Verteidigung! — Ihr Werk ist mindestens so genial wie alle Schützengräben von Calais bis Belfort und von Riga bis an das Kaspiische Meer.

Der Abend legte goldene Belsten an den Horizont. Die Grabenwand verfluchte den Logeschatten und im Walde von Neuve-Chapelle hing sich der Mond auf.

Ueber die Toten im Vorfelde breiteten Rohn und Abendrot die Feuerfäden roter Fahnen und schwarze Staubgefäße senkten sich wie verbrannte Dochte über die Toten hin. Darüber stieg die Nacht mit blauer Ewigkeit und im Holunder vor dem Drahtverhau sang eine Ansel Melodien, die sich in keine Notennlinien zwingen.

Wir lauschten über das Vogelsied ins Vorfeld hin und plötzlich stieg von drüben — sechzig Schritt entfernt — abendfelig ein Gesang:

Alt-Heidelberg, du feine,
Du Stadt an Ehren reich,
Am Neckar und am Rheine
Rein andere kommt dir gleich.

Auch mir steht du geschrieben
Ins Herz gleich einer Braut,
Es klingt wie jartes Weiben
Dein Name mir so traut.

Es war, als drehte sich vor meinen Augen der Drahtverhau. Es kimmerte das Blut durch meine Augentäfer und ich fuhr zusammen, als ich den Leutnant neben mir erblickte.

Er hielt noch seine Hände an den Ohrmuscheln und starrte wie gestesabwesend auf den Punkt hinüber, von wo das Lied gekommen war.

Er flüsterte etwas.

Ich verstand ihn nicht. Er hielt seine Hände vor sein Gesicht, als wollte er sich verstecken und sah mich von der Seite an. Wie flammende Rufzeichen sah ich seine schrammigen Schmissen schräg um Stirn und Wange brennen.

„Ob der da drüben mit mir zusammen in Heidelberg . . .?“ fragte der Leutnant mehr sich selbst als mich, „ich kenne zwei Engländer . . . jüngere Semester . . . Mister Dibble oder . . .“

Beim Kennen des Namens verfarbten sich die brennenden Rufzeichen auf seiner Stirn und standen wie weiße Krebestrühe in seinem grauen Gesicht.

Die Nacht mit ihrer blauen Ewigkeit verging.

Rur hin und wieder fiel ein Schuß.
Im Norden donnerte die Opfernstraße des Sommers 1915 und um das Sternendiadem der Jungfrau von Loreto blühten die Mündungsfeuer der Batterien.

Nachts, als die jungen Totenvögel um die hohlen Weiden an der „Quinque-Rue“ torfelten, fanden Eshenloher unseren jüngsten Offizier. Er hielt seinen Revolver noch in der warmen Hand.

In seiner Schöße war ein schwarzumbranntes Loch.

„Eine verirrte Kugel . . .“ schrieb man seiner Mutter heim.

Eine verirrte Kugel . . .

„Auch mir steht du geschrieben ins Herz!“

Ernst Hoferichter: Junggefelle in Südamerika Der Tag eines ledigen Deutschen

Durch die Jalousien stochert die Morgenröte mit glühenden Schürhaken. Das möblierte Zimmer ist nichts als Aquarium.

Der Junggefelle tortelt aus der eisernen Bettstelle in den tropischen Tag. Er hat schon die Nacht über gebadet und geschwommen — im eigenen Schweiß.

Ueberm Spiegel blühen Papierrasen, der Großvater der Hausfrau schmilzt eingerahmt an der Wand. Ueber dem Goldrahmen steckt ein Fächer. Aber Großvater und Zimmerherr können keine Kühle nicht erleben, weil der Fächer mit Rägeln an die Wand geschlagen ist.

Das Badewasser mißt 32 Grad Celsius, im Trinkglas ist das Zimmer noch einmal als verkleinertes Aquarium zu sehen, Käfer schwimmen, und die Monatsmiete beträgt einhundertfünfzig Milreis.

Die Hausfrau kann das Badewasser nicht wechseln, weil sie bis Mittag schläft. Und der deutsche Junggefelle aus Schöneberg, Würzburg oder Essen an der Ruhr zieht sich in den weißen Tropenanzug, der schon nach Stunden zum nassen Badetischt wird — und wie angefeuchtete Briefmarken klebt.

Hinterm Spiegel hat der Zimmerherr einen „Kraher“. An einem Holzstab ist eine kleine Hand aus Ebenholz befestigt — und damit trägt er sich auf Borrat den Rücken nach Mostkostfäden ab.

Er ist Korrespondent bei einer Sportfirma, verdient im Monat fünfshundert Milreis und hört den Tag über seine Schweißtropfen auf die Geschäftsbrieftage regnen. Nach deutscher Gewöhnung zu leben — hat er bald aufgesteckt. Gutes Essen in internationalen Restaurants kostet zehn Milreis. Er verschlingt mittags und abends schwarze Bohnen, bis sie im Magen Wurzel schlagen und als junge Stauden zum Hals heraus wachsen.

Am Sonntag schläft und schmilzt er länger. Das möblierte Zimmer frißt sich wie ein Sprichwort auf Holzbrandfäden in sein Gehirn. Jetzt erhebt er in Ruhe und Beschaulichkeit, daß seine Wade eine Insektenzucht ist, in der die Tiere unausgespielt herumlaufen. Er will ausziehen, hat aber in diesem Jahr schon elf Lmzüge hinter sich.

Der Sonntagnachmittag gähnt wohntzogen mit vorgehaltener Hand.

Die ersten Monate unternahm er Ausflüge in die ungebürstete Natur. In der Sonne hörte er sein eigenes Fett brodeln, im Schatten der Wälder gibt es keine Minute ausrunder Besinnung. Geschwader von fliegenden Ameisen rücken an, Spinnen mit und ohne Gift fallen ins Halbdunkel, aus dem Boden steigt Roder und

Fäulnis — und die orglastischsten Orakel werden Humbug und Wumpig. Die Pracht und Fanfare des Urwaldes geht in Pestilenz und Grauen über, die wichtigste Natur wird Wein und Plage. . .

Und der deutsche Junggefelle stützt sich mit den nächstlich zerfetzten Ellenbogen aufs Fensterbrett, sieht gegenüber auch einen Junggefellen ans Fensterbrett gelehnt. Die Straße ist leer und langweilig wie glatt rosierter Gesicht. Das rollende Mineralwasserwerk wird schon Sensation. Eine Trambahn klingelt, ein Wagenstisch juckt. . . Und der Tropensonntag ist jubelnder Kufferei brüderlicher Bangweile.

Der Junggefelle befinnt sich auf eine brasilianische Familie, bei der er einmal eingeführt wurde. Aber dort hat er schon zweimal Besuch gemacht und mit der Tochter vierhändig Klavier gespielt. Ein dritter Besuch ist gefährlich. Der Vater würde ein Glas Sekt ergreifen und auf die glückliche Verlobung anstoßen. Die Tochter ist frenetisch hübsch und ausschweifend dumm.

Der junge Mann am Fensterbrett widersteht beiden Verführungen und denkt an das spanische Tippträulein im Büro. Er kon hüpft er in seine Lackstiefel, klopfet vor ihrer Wohnung in die Hände und im Fenster erscheint der Bruder: „Ja, wir kommen mit . . .“

Der Bruder, die Tante, Mutter, das Kindermädchen sind immer Mittelpunkt, wenn zwei Liebende mit der Zahnradbahn nach Boa Vista ausfliegen wollen. Auch zum Mitgehen über die Straße nimmt das anländische Mädchen schücheln die Freundin mit.

Dreimal Bahn, drei Tassen Kaffee, drei Flaschen Soda und drei Gebäck machen elf Milreis. Ohne Bruder wäre es billiger und herrlicher gewesen. Und von allen Unkosten bringt er nichts als einen Sonnenstich und den leichten versteckten Händedruck mit in sein möbliertes Zimmer zurück. Händedrucke spanischer Tippträuleins sind schön — aber für elf Milreis zu teuer. . .

Am Abend warten die Klubs. Aber der deutsche Junggefelle ist Angestellter, gehört noch nicht zu den Erfolgreichen, besitzt weder Smolung noch großes Ansehen — und sucht den deutschen Verein auf, trinkt Bier, singt Heimatlieder schnell auf einige Stunden nach Europa zurück. Aber wenn der Abend zu Ende geht, ist die Nacht nicht vorüber.

Außer in Buenos Aires gibt es in Südamerika nicht jenes Nachtleben, daß in europäischen Kabarets als „Tropennächte“ romantisch verklärt wird. Rio de Janeiro ist nach neun Uhr abends eine tote Stadt.

In die Kinos verpackt, dampfen die Menschen durch die zehn Akte des Liebesdramas: „Die Braut und der Fußball.“

Ein Opernbillet ist königlicher Luxus, aus den blinzelnden Häusern des Hafens plärrt Grammophon, Mord und Totschlag — und aus den Fenstern sieht die Lues heraus.

Der Junggefelle trinkt an einer Straßenecke eine Flasche Bier, spielt feierlich mit den Zahntochern und geht als abnehmender Mond nach Hause.

Der Tropensonntag ist wie eine Fliege an der Wand totgeschlagen. Und die kommende Woche fährt als Güterzug vorausahndend durchs möblierte Zimmer — und will beladen werden.

In den Ecken und hinter den Gardinen warten die Moskiten auf den Schlag des Junggefellen. Er streut noch Pulver ins Bett, läuft mit der Insektenspitze Diagonalen im Zimmer aus und erringt vor dem Morgengrauen noch einige Fehlen Schlaf. . .

Ueber dem Bett öffnet sich eine heimliche Straße. An den Fenstern stehen Geranien. Jemandem riecht es nach Pflanzfäden mit Preiselbeeren. Kinder holen über die Straße Bier, das Fräulein im dritten Stock spielt „Eine Nachtmusik“ von Mozart. . . Der Pflanzfaden wird durch die Straße getragen, direkt auf den Junggefellen zu, hinterher schäumt das Bier und das Fräulein mit Mozart schiebt ihr Klavier vor sein Bett. Ueber der Pflanzfaden mit Preiselbeeren schlägt alles, der Junggefelle führt ein abgeschmittenes Stück zum Munde — erwacht und beißt in den Gummiball der Insektenspitze. . .

Draußen liegt eine frisch gebratene Woche und will durchschwitzt sein. Aber dann kommt wieder der Zauber eines Sonntags — mit dem zarten spanischen Händedruck für elf Milreis und einem Bruder als Stachelndraht. . .

Jules Renard: Pompejus und Sappho

Da Pompejus und Sappho, schmutzbedeckt, die Schnauze voller Federn, sich verstoßen nach Hause schlichen, merkte ich gleich, daß sie in den Hühnerhof eingebrochen sind. Sappho, die Hündin, ist es, die den Hund dazu antrieb, aber Pompejus ist derjenige, der, sobald er erst einmal meiner Aufsicht entronnen ist, mit großer Leidenschaft jagt. Er läuft ohne innezuhalten, so daß Sappho kaum imstande ist, ihm nachzusehen. Auf unserem Grund und Boden lassen sie sich nichts zuschulden kommen, als hätten sie eine engere Heimat, die sie achten und deren Grenzen sie selbst ziehen. Sie richten ihre Verheerungen nur auf dem Gebiet der Nachbargemeinden an.

Sobald Pompejus auf einer Wiese eine Schar Hühner zu Gesicht bekommt, legt er sich weiler keinen Zwang auf, stürzt auf sie los und creißt sie an.

Von den aufgeschreckten Hühnern fliehen einzelne, andere versuchen fortzujagen, und für diese hat er eine Vorliebe. Mit einem Sprung erwischt er sie im Flügel, schlägt sie mit einer Pfote herunter und schnappt nach ihnen mit einem Biß seiner Kiefer.

Die keuchende Sappho gibt ihnen den Rest. Es macht den Eindruck, als bringe der Hund mit seiner Geschicklichkeit der Hündin seine Huldigung dar.

Sie richten ein Gemekel an und können sich nicht genug tun, bis schreiend ein Diener mit einer Mistgabel herbeistürzt.

Und da sind sie nun.

Ich errate alles, und morgen in aller Herrgottsfrühe wird der Pächter bei mir sein, und ich werde gut zureden müssen, mich herumstreiten, mich entschuldigen und zuletzt zahlen.

Sappho duckt sich an der Mauer: sie sieht, die frechere Pompejus wehelt mit dem Schwanz und schielt nach mir, ob ich zufälligerweise etwa ohne und vielleicht böse Absichten im Schilde führe.

Ich? I wo! Nicht im geringsten!

Ich lode sie beide mit einschmeichelnder Stimme und bemühe mich, das erregte Zittern meiner Hände und Füße zu unterdrücken. Mit schon beruhigtem Gewissen folgen mir Pompejus und Sappho in einiger Entfernung, bis zu dem Stall. Ich schlage die Türe kräftig zu, und nun nehme ich sie mir vor!

Pompejus empfängt die Schläge heulend. Er heult schon im voraus.

Sappho ergibt sich in ihr Schicksal, sie ist nichts als ein Knäuel. Sie atmet nicht mehr. Wären nicht die funkelnden Lichter in ihren Augen, würde ich sie für tot halten. Und ich züchtige sie, jedes Schölmwort vermeidend, nachdrücklich, mit kaltem Blute, eine Staubwolke und Hafer aufwirbelnd.

Als das Handgeckel mich schmerzt, verlaße ich den Stall mit einem Gefühl der Erleichterung und schließe die Tür wieder ab. Sie werden zwei Tage lang da drin, in der Dunkelheit, bleiben, sich ihre schmerzende Haut lecken und zur Einsicht kommen.

So bald werden sie nicht wieder anfangen!

Bevor ich mich entferne, lausche ich, das Ohr gegen die Tür gedrückt.

Ich höre sie lachen.

(Autorisierte Übersetzung von Dina Sigall.)

Platons Akademie entdeckt?

Die Nachforschungen, die von mehreren griechischen Archäologen in Zusammenarbeit mit dem Direktor des Nationalmuseums in Athen, Kourouniotis, vorgenommen werden, haben jetzt zu einer aufsehenerregenden Entdeckung geführt. Die Untersuchungen, die auf Kosten eines reichen Atheners ausgeführt werden, gelten der Freilegung des Sines der Akademie Platons. Der Platz liegt zwei Kilometer nordwestlich von Athen, und zwar in der Nähe des nordwestlichen Torres der Stadt, die im Altertum unter dem Namen Dibipylon bekannt war. Man hat bereits eine Straße freigelegt, die genau den Angaben entspricht, die Pausanias von dem „akademischen Wege“ gibt. Am Ende dieser Straße wurde der Platz eines großen Gebäudes entdeckt. Man glaubt es hier mit dem „Gymnasium“ zu tun zu haben, das von Simon durch Zuführung von Wasser und Anpflanzung zahlreicher Bäume verschönt und zu einem Schmuckplatz umgeschaffen worden war, wo sich Plato gern aufhielt und seinen Schülern Vorträge zu halten pflegte. Der Tradition nach soll der Philosoph an dieser Stelle auch begraben sein. Man hat dort bereits mehrere bemerkenswerte Gegenstände gefunden, so zwei schön ausgeführte Reliefs, die es wahrscheinlich machen, daß sich das Grab Platons tatsächlich dort befindet. An keinem Ort knüpfen sich wohl wertvollere Erinnerungen als an diesen Platz, an dem die Platonische Hochschule volle neun Jahrhunderte der Sitz der berühmtesten Philosophenschule der Welt gewesen war. Außer Spaziergängen und Ansehen für gymnasische Zwecke enthielt die der Athene geweihte, von Hipparchus um das Jahr 387 v. Chr. gegründete Akademie zahlreiche Altäre und Heilig-tümer verschiedener Gottheiten.

